



**- Vorabauszug -**

**Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien sowie  
Kultur**

**12. - öffentliche - Sitzung, 02.09.2022**

—

Magdeburg, Landtagsgebäude

**Tagesordnung:**

**Seite:**

- 1. a) Information der Landesparlamente über die Haushalts-  
und Wirtschaftsführung der öffentlich-rechtlichen Rund-  
funkanstalten (ARD, ZDF, DLR)**

Unterrichtung Landtag - **Drs. 8/1511**

- b) Bericht über programmliche Leistungen und Perspekti-  
ven des Deutschlandradios 2020 bis 2022 gemäß § 11e  
Abs. 2 des Rundfunkstaatsvertrages**

Unterrichtung Deutschlandradio - **Drs. 7/7858**

- c) Berichterstattung an die Landtage durch den Mittel-  
deutschen Rundfunk (MDR) für das Geschäftsjahr 2020**

Unterrichtung Mitteldeutscher Rundfunk - **Drs. 8/503**

in Verbindung mit

**23. Bericht der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF-Bericht)**

Unterrichtung Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - **Drs. 8/857**

Fachgespräch

Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland	3
Mitteldeutschen Rundfunk	8
Deutschlandradio	14
Zweites Deutsches Fernsehen	18
Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten	20

**Zu Punkt 1 der Tagesordnung:****a) Information der Landesparlamente über die Haushalts- und Wirtschaftsführung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten (ARD, ZDF, DLR)**

Unterrichtung Landtag - **Drs. 8/1511**

**b) Bericht über programmliche Leistungen und Perspektiven des Deutschlandradios 2020 bis 2022 gemäß § 11e Abs. 2 des Rundfunkstaatsvertrages**

Unterrichtung Deutschlandradio - **Drs. 7/7858**

**c) Berichterstattung an die Landtage durch den Mitteldeutschen Rundfunk (MDR) für das Geschäftsjahr 2020**

Unterrichtung Mitteldeutscher Rundfunk - **Drs. 8/503**

in Verbindung mit

**23. Bericht der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF-Bericht)**

Unterrichtung Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - **Drs. 8/857**

Die Unterrichtungen sind gemäß § 54 Abs. 1 bzw. § 40 Abs. 1 GO. LT vom Präsidenten an den Ausschuss überwiesen worden. Der Bericht des MDR an die Landtage ist zudem zur Mitberatung an den Ausschuss für Finanzen überwiesen und von diesem bereits zur Kenntnis genommen worden.

Der Ausschuss hat sich vor dem Eintritt in die Tagesordnung darauf verständigt, zu den vier Unterrichtungen ein gemeinsames Fachgespräch zu führen.

**Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland (ARD)**

Der **Vorsitzende der ARD und Intendant des WDR**: Bevor ich in medias res gehe, möchte ich an etwas erinnern; denn ich habe Ihnen versprochen - ich weiß nicht, wer von Ihnen im Jahr 2020 schon in diesem Ausschuss tätig war, als es um die Anhörungen zu der Beitragsanpassung, der KEF-Empfehlung ging; ich finde es gut, dass wir uns so klar und deutlich austauschen; ich habe das wirklich als Bereicherung empfunden -, ich komme wieder, auch wenn es nicht um eine Beitragsanpassung geht, auch wenn es nicht ums Geld geht, auch wenn ich Sie nicht bitte oder bei Ihnen dafür werbe, einem Antrag zuzustimmen oder ihn abzulehnen. Ich hätte mir allerdings nicht träumen lassen, dass ich dieses Versprechen als ARD-

Vorsitzender einlöse. Mir wäre es lieber gewesen, das wäre nicht der Fall gewesen. Sie können mir glauben, ich wäre auch als einfacher Intendant des WDR hierhergekommen und hätte das Versprechen eingelöst. Aber jetzt ist es so, wie es ist, und ich betrachte mein Versprechen als eingelöst. Ich habe mich immer gern mit Ihnen ausgetauscht, auch wenn wir in der Sache teilweise auseinanderlagen. Aber das gehört zur Demokratie dazu.

Grund der heutigen Befassung ist der Bericht zur wirtschaftlichen und finanziellen Lage der Landesrundfunkanstalten. Dieser schriftliche Bericht liegt Ihnen vor. Die Intendantin des Mitteldeutschen Rundfunks (MDR) wird auf die Aspekte, soweit sie den MDR betreffen, gleich noch eingehen. Aber reden wir nicht darum herum: Ich kann mir vorstellen, dass Ihnen vor allem daran gelegen ist, sich über die Ereignisse auszutauschen, die beim RBB stattgefunden haben, jedenfalls das, was bisher bekannt ist, und hier grundsätzliche Fragen, wie sie auch von Staatsminister Robra aufgeworfen worden sind, mit uns zu besprechen. Deshalb will ich direkt in medias res gehen.

Zunächst zur Situation beim RBB. Diese ist im Augenblick so unübersichtlich, wie sie unübersichtlicher nicht sein könnte. Die Spitzen aller Organe, also der Operative und der Aufsicht, sind zurückgetreten. Man sucht zurzeit einen Interimskandidaten oder eine Interimskandidatin, um für maximal ein Jahr einen - salopp formuliert - Feuerwehreinsatz zu machen und den Sender zu stabilisieren. Die für den letzten Mittwoch angekündigte Sondersitzung des Rundfunkrats für diese Entscheidung wurde kurzfristig abgesagt.

Ich sage es Ihnen, wie es ist: Wir machen uns Sorgen um den RBB und seine Stabilität. Ich kann für die ARD aber auch sagen: Sobald eine Interimpersönlichkeit gefunden wird, sind wir als ARD bereit. Der RBB kann sich an uns wenden, falls wir irgendwie helfen sollen. Ich bin zuversichtlich, dass sich die ARD einem solchen Hilfesuch nicht verschließen wird.

In der Sache selbst sind wir genauso empört wie alle. Das habe ich direkt von Anfang an gesagt. Es geht jetzt darum, diesem Sender zu helfen, die Aufklärung voranzutreiben - das ist ganz wichtig - und wieder in geordnete Verhältnisse zu kommen.

Als Folge dieser Berliner Krise werden jetzt auch aus Ihrem Kreis grundsätzliche Fragen zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk gestellt. Vielleicht erinnern Sie sich an das, was ich wörtlich in diesem Raum gesagt habe, als es um den Staatsvertrag zum Beitrag ging, nämlich dass die Medienpolitik, konkret die Länder, das Recht haben, aber auch die Pflicht, Auftrag und Zuschuss des gesamten öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu regeln. Denn nach diesem Zuschuss bemisst sich alles, was wir tun, und auch das, was wir lassen. Der Medienänderungsstaatsvertrag, der Sie als gewählte Parlamentarier noch in diesem Jahr erreichen wird, sieht hierzu erste Änderungen vor, unter anderem eine Stärkung der Gremienaufsicht. Ich sage für die ganze ARD ganz klar: Wir begrüßen und unterstützen das.

Ich gebe Ihnen einen kleinen Überblick über das, worüber wir in der ARD gerade diskutieren und was wir als Konsequenz aus den dramatischen Ereignissen in Berlin schon auf den Weg gebracht haben.

Das eine ist: Wir beraten mit der Gremienvorsitzendenkonferenz (GVK) darüber, wie wir helfen können, damit die ehrenamtlichen Aufsichtsführenden gestärkt werden. Ein Element dabei ist auf jeden Fall, dass die Geschäftsstellen wirklich unabhängig von den Intendanten agieren. Das ist nicht überall der Fall. Es gibt kleine Anstalten, die es sich bisher sozusagen einfach nicht leisten konnten, eine Geschäftsstelle zu haben, die so ausgestattet ist wie die von mittleren oder größeren Anstalten. Das ist eine Sache, die wir uns gemeinsam mit den Gremien anschauen müssen. Wir sind dazu bereit. Auf jeden Fall muss es eine ordentliche Trennung zwischen Operative und Aufsicht geben - das ist ganz klar -, damit die Ehrenamtlichen dem nachkommen.

Ein weiterer Punkt: externe Experten. Im Medienänderungsstaatsvertrag - nach meiner Kenntnis war das sogar ein Anliegen von Sachsen-Anhalt, das Herr Robra eingebracht hat - ist es so vorgesehen, dass unabhängige Experten ausdrücklich zur Verfügung stehen sollen. Die Gremienmitglieder, die Aufsichtsgremien sollen also in der Lage sein, auch auf externen Sachverstand zuzugreifen. Auch hierbei stellt sich wieder die Frage: Wer kann sich das leisten? Was für Experten sind das? Allein die Auswahl - das ist alles in Arbeit - erfordert Know-how und auch Ressourcen. Wir denken mit der GVK darüber nach, wie wir das in Zukunft vielleicht gewährleisten können.

Dann haben wir uns unsere Compliance-Strukturen vorgenommen. Es gibt gute Compliance-Strukturen in den allermeisten Sendern, eigentlich in allen, kann man sagen. Diese sind unterschiedlich geregelt. Wir haben einen Abgleich gemacht in den letzten paar Wochen, die wir zur Verfügung hatten, seit ich den Vorsitz wieder übernommen habe, und haben beschlossen, dass wir die Standards vereinheitlichen wollen. Das heißt nicht, dass überall die exakt identische Struktur für Compliance besteht, aber die Standards sollen harmonisiert und vereinheitlicht werden. Ich kann Ihnen sagen, dass Ihr Landessender, also der Mitteldeutsche Rundfunk, hierbei vorbildlich ist und für uns eine Art Best Practice darstellt; denn der Sender hat schon früh angefangen, sich dieses Feld sehr genau anzusehen und das zu ordnen.

Ein weiteres Thema, das wir uns ansehen wollen - ich habe das in meiner ersten Stellungnahme nach der Übernahme des ARD-Vorsitzes gesagt -, ist das Thema Governance der ARD. Was verbirgt sich hinter diesem Wort? Ich muss zunächst sagen, manche zweifeln an der unübersichtlichen Struktur der ARD - ich kann das auch verstehen; wir selbst zweifeln auch manchmal daran -, aber so ist sie nach dem Krieg nun einmal geschaffen worden, extra nicht als zentraler Konzern mit einer Spitze. Vielmehr hat man nach den Erfahrungen des Nationalsozialismus gesagt: Wir wollen, dass das Ländersache ist und wir wollen einen föderalen, also nicht zentralen, sondern dezentralen öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Das heißt, die

ARD ist kein Konzern. Auch ich als ARD-Vorsitzender kann nicht irgendeinem anderen Sender etwas befehlen. Ich kann auch nicht in andere Sender hineinblicken und ihnen sagen: Jetzt gib mir einmal deinen Haushaltsplan.

Sie können das ungefähr mit den Ländern vergleichen. Auch Deutschland ist extra so geschaffen worden. Genauso wenig wie ein Bundesland und auch der Bundesratsvorsitzende kann ich sagen: So, Sachsen-Anhalt, gib mir einmal deinen Haushaltsplan oder lass mich einmal gucken, wie das bei dir mit der Compliance geregelt ist. Genauso wenig kann der ARD-Vorsitzende oder eine ARD-Anstalt der anderen irgendetwas vorschreiben.

Ich habe das auch in meiner Stellungnahme gesagt: Wir sind nicht die Aufsicht des RBB. Dafür gibt es Aufsichtsgremien, die das tun. Sie müssen dann natürlich ihre Arbeit tun. - Das als kurzer Exkurs zu dem, was wir schon auf die Schiene gebracht haben in diesen wenigen Wochen, in denen wir die Verantwortung in der ARD in neue Hände gelegt haben.

Ich möchte betonen, dass Etliches, was Ihr Staatsminister Rainer Robra am 22. August 2022 in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ geäußert hat, bedenkenswert und unterstützenswert ist. Der neue Medienstaatsvertrag weist in einigen Punkten schon den Weg: mehr Aufsicht und Kontrolle, Richtlinien und Maßstäbe. Herr Robra äußerte, damit würden die Gremien zum Träger der Gesamtverantwortung. Das heißt nicht, dass sie Programmverantwortung übernehmen - das ist klar geregelt -, aber sie bestimmen die Leitplanken, an denen sich die Rundfunkanstalten zu orientieren haben.

Wenn der Medienänderungsstaatsvertrag so verabschiedet werden sollte, dann müssen wir mit Blick auf Landesmediengesetze oder Staatsverträge, wo es Mehrländeranstalten sind, schauen, ob vielleicht entsprechende Regeln aufgenommen oder nachgeschärft werden müssen. Das ist aber normale parlamentarische Arbeit. Wenn es einen Staatsvertrag gibt, dann muss man schauen, dass man das in den einzelnen Landesgesetzen umsetzt.

Ich habe schon direkt in der ersten Stellungnahme gesagt, dass die Gremiengeschäftsstellen in der Lage sein müssen, die ehrenamtlichen Aufsichtsgremien zu unterstützen. Das sind jetzt einige Punkte, die wir auf den Weg gebracht haben und auch noch weiter mit unseren Gremien behandeln innerhalb der Leitplanken, innerhalb dessen, was wir jetzt schnell tun können. Das heißt, wir verschließen uns nicht der Verantwortung, Schlussfolgerungen aus diesem Ereignis und den Ereignissen in Berlin zu ziehen. Aber noch einmal: Wir sind nicht die Aufsicht des RBB; das sind andere. Insofern können wir nur sagen, wir wollen helfen, wenn es irgendwie darum geht, diesen Sender zu stabilisieren.

Nun gibt es hier gerade in Sachsen-Anhalt - hier reden wir nun einmal -, aber nicht nur in Sachsen-Anhalt, auch Forderungen nach einer grundsätzlichen Neustrukturierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, also nicht nur der Aspekte, die ich eben genannt habe, auch nicht nur der Aspekte, die Rainer Robra in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ publiziert hat. Dazu kann ich sagen: Ja, das gab es auch schon in den 80er-, in den 90er-Jahren. Mal

sollte das ZDF privatisiert werden, mal sollte die ARD weg. Also in den letzten Jahrzehnten gab es schon verschiedene Papiere, Vorstellungen und Diskussionen.

Ich wiederhole noch einmal: Solche grundsätzlichen Debatten und Fragestellungen sind legitim. Das habe ich auch hier - Sie erinnern sich - im Jahr 2020 gesagt, als wir diskutiert haben. Es ist in einer demokratischen Gesellschaft legitim, zu hinterfragen: Was wollen wir vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk und was vielleicht nicht oder nicht mehr? Das gehört in die Auftrags- und Strukturdebatte. Mit Sicherheit ist die, die jetzt zu Ende gegangen ist und in den Medienänderungsstaatsvertrag gemündet ist, nicht die letzte.

Das sagen wahrscheinlich einige von Ihnen auch. Gut, der Medienänderungsstaatsvertrag macht hierbei die ersten Schritte, aber es müssen weitere folgen. Ich sage dazu: fein. Genau wie ich im Jahr 2020 hier gesagt habe - ich wiederhole es gern -: Wir werden uns dieser Diskussion nicht verschließen. Ich erkenne auch in etlichen Äußerungen von Herrn Robra Punkte wieder, die ich selbst Anfang 2021 eingebracht habe, also zum Anfang der Auftrags- und Strukturdebatte, ebenfalls in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, in einem Artikel mit dem Titel „Die ARD im Jahr 2030“ - das Ganze einmal vom Ende her betrachtet, vom Ende des Jahrzehnts.

Es ist wichtig, immer zu bedenken: Wir bekommen von der Politik einen Auftrag - das ist Auftrag und Struktur -, was wir machen sollen und in welcher Verfasstheit, in welcher Struktur wir es machen sollen. Die Zahl der Fernseh- und Radioprogramme - das alles sind Dinge, die von der Politik geregelt werden müssen. Wir können sagen, innerhalb der Leitplanken reformieren wir uns und wir sind reformbereit und gesprächsbereit. Wir sagen nicht, das geht alles nicht, Veränderung geht nicht - im Gegenteil. Ich bin diesen Weg wirklich zwei Jahre lang gegangen.

Ich möchte auch deshalb noch einmal kurz daran erinnern, was wir in unseren Leitplanken, im Rahmen unserer Kompetenzen schon alles an Reformen auf den Weg gebracht haben. Wir haben seit Anfang der 90er-Jahre Tausende Planstellen abgebaut. Bei uns arbeiten also wesentlich weniger Personen als noch Anfang der 90er-Jahre. Die Intendantin des MDR hat während ihres Vorsitzes im Jahr 2017 schon große Reformstrukturreformprogramme begonnen, hat die ARD auf diesen Weg gebracht. Dadurch werden allein bis Ende der laufenden Beitragsperiode Hunderte Millionen Euro eingespart und noch mehr bis zum Ende der nächsten Beitragsperiode, also bis Ende 2028. Wir haben das Altersversorgungssystem umgestellt. Es wurde ohnehin zigmal reformiert, aber wir haben es auch für die Altversorgten noch einmal reformiert. So etwas dauert. Dabei muss man mit Gewerkschaften sprechen. Man kann es nicht einfach diktieren. Das sind Tarifgeschichten. Aber auch das wird Etlliches einsparen.

Bei Organisation und Verwaltung setzen wir auf Digitalisierung. Wir sind also weiterhin dabei, Synergien zu schaffen. Die Kooperation endet auch nicht innerhalb der ARD. Wir betrei-

ben schon seit längerem Funk gemeinsam mit dem ZDF, wofür wir nicht extra Bedarf bei der KEF angemeldet hatten. Wir haben jetzt mit dem ZDF zusammen ein Streaming-Netzwerk auf den Weg gebracht; denn dem Publikum, den Hörerinnen und Hörern, den Zuschauerinnen und Zuschauern, ist es eigentlich nicht zumutbar, dass sie sich in ein Streaming, in eine Mediathek einwählen, dann wieder auswählen und in die andere einwählen. Sie wollen in dem öffentlich-rechtlichen Kosmos leicht alles finden und bedient werden. Das haben wir auf den Weg gebracht und da sind wir gemeinsam dran. Ich könnte noch mehr Kooperationen auch mit dem ZDF aufzählen.

Wir sind insgesamt in einer radikalen Transformation, die nicht nur die Medienwelt fasst - denken Sie nur an Handel, Versand und anderes -, aber eben auch die Medienwelt und diese als Erstes. Dabei stehen wir als öffentlich-rechtlicher Rundfunk vor richtungsweisenden Entscheidungen. Für uns, die ARD, steht im Zentrum: Wir sind der Sender der Regionen. Kein anderer Medienanbieter spiegelt bundesweit die Vielfalt aller Regionen Deutschlands so wider wie das föderale Netzwerk der ARD mit seinen Standorten in Ost und West.

Jetzt einmal kurz zu „versprochen und gehalten“. Ich habe Ihnen hier im Jahr 2020 avisiert, dass wir in Mitteldeutschland ein Kulturportal einrichten wollen. Trotz knapper Kassen haben wir das gestemmt. Das heißt, die einzelnen Landesrundfunkanstalten - wir finanzieren es alle gemeinsam - müssen dann woanders Geld herausnehmen und transferieren. Dieses neue Kulturportal der ARD ist in Weimar angesiedelt und hat seine Arbeit aufgenommen, nimmt sie jetzt auf. Hier sollen medienübergreifend Kulturinhalte aufbereitet und projektbezogen mit den Angeboten von ZDF und Deutschlandradio verlinkt werden. Obwohl wir eigentlich knappe Kassen haben, hat die ganze ARD sich darauf verpflichtet. Ich habe Ihnen das damals gesagt und ich kann Ihnen jetzt sagen: versprochen und gehalten - eine neue Gemeinschaftseinrichtung der ARD in Mitteldeutschland.

Ich will auch noch die Reihe „Tagesthemen mittendrin“ erwähnen, bei der wir die Tagesthemen verlängert haben, extra um Berichte aus den Regionen von Ost, West, Süd, Nord auf eine bundesweite Nachrichtenbühne in unserer wichtigsten Magazin-Nachrichtensendung zu bringen. Das funktioniert und ist gut - versprochen und gehalten.

Ich bin davon überzeugt, dass Deutschland im Jahr 2030 einen reformierten, starken öffentlich-rechtlichen Rundfunk haben wird, der den Menschen viele inhaltliche Facetten bieten wird. Wir wollen den Weg der Reformen weitergehen, und wir wollen das konstruktiv mit den Medienpolitikerinnen und Medienpolitikern der Länder diskutieren, und zwar ganz offen und konstruktiv.

### **Mitteldeutscher Rundfunk (MDR)**

Die **Intendantin des MDR**: Der Mitteldeutsche Rundfunk legt den Parlamenten in Mitteldeutschland regelmäßig freiwillig den Bericht über die wirtschaftliche und finanzielle Lage des MDR vor. Mit der Neufassung des MDR-Staatsvertrages im Jahr 2021 wird es, sozusagen



als Nachfolger, künftig einen Geschäftsbericht des MDR geben. Insofern hat der heute zu behandelnde Bericht aus dem Jahr 2020 als der letzte dieser Art in gewisser Weise historischen Charakter.

Wir haben in den letzten Jahren gelernt, wie wichtig es ist, die wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklungen transparent darzustellen und dazu offen ins Gespräch zu kommen. Die Ausschussmitglieder haben bei dieser Gelegenheit immer wieder viele Fragen gestellt. Insofern sind wir froh, dass auch heute Gelegenheit dazu besteht.

Bevor ich zu dem Bericht komme, möchte ich etwas zu der aktuellen Lage sagen. Wir alle sind mit Blick auf die tief greifende Krise beim RBB in großer Sorge. Der RBB ist quasi unser Nachbar, sein Sendegebiet grenzt an das des MDR. Und der RBB ist Teil unserer ARD-Familie. Deswegen haben wir in der ARD deutlich gesagt: Es ist wichtig, dass es einen konsequenten, glaubwürdigen und transparenten Aufklärungsprozess beim RBB gibt, um all die Themen, die im Moment in Rede stehen, aufzuklären.

Wir wissen, wie wichtig eine stabile Rundfunkanstalt ist; denn eine der großen Stärken der ARD ist ihre Regionalität. Wir sind wirklich nah an den Themen, die die Menschen bewegen, an den Fragen, die sie haben, an ihren Bedürfnissen und ihren Sorgen. Das ist eine der großen Stärken der ARD. Minister Herr Robra hat immer wieder betont, dass wir genau diese Stärke in den Mittelpunkt stellen und immer wieder daran arbeiten sollten.

Ich würde gern auf einen Aspekt zu sprechen kommen, der mir wichtig ist und der auch in der Öffentlichkeit diskutiert wird, nämlich dass hier in Mitteldeutschland der öffentlich-rechtliche Rundfunk immer weniger genutzt werde. Wir haben uns das einmal angeschaut und sind zu der folgenden bemerkenswerten Feststellung gekommen, die ich gern an den Anfang stellen möchte: In allen drei mitteldeutschen Ländern ist in den letzten zehn Jahren ein kräftiger Zuwachs bei der öffentlich-rechtlichen Fernsehnutzung zu beobachten. So ist der Marktanteil für öffentlich-rechtliche Angebote bspw. in Sachsen-Anhalt von 37 % um fast 10 % auf 46,4 % gestiegen. Das heißt, die Menschen schauen gar nicht immer weniger öffentlich-rechtlich. Wenn man sich die Zahlen für die Fernsehnutzung konkreter anschaut, stellt man fest, dass in den letzten Jahren tatsächlich viel passiert ist.

Im Jahr 2021 verzeichnete das öffentlich-rechtliche Gesamtangebot - ich meine das Fernsehen bei ZDF, ARD, MDR und Arte - in Mitteldeutschland einen Marktanteil von fast 52 % bei allen Zuschauerinnen und Zuschauern. Das ist stärker als die öffentlich-rechtliche Fernsehnutzung im bundesweiten Vergleich.

Das MDR-Fernsehen - darüber freuen wir uns natürlich - ist bei den dritten Programmen unverändert an der Spitze. Das wissen Sie; das sage ich Ihnen in jedem Jahr. Wir freuen uns, dass unsere Zuschauerinnen und Zuschauer uns so treu sind.

Natürlich geschieht auch im Online-Bereich eine Menge. Allein im letzten Jahr haben sich die Nutzungszahlen im Online-Bereich für den Mitteldeutschen Rundfunk fast verdoppelt. Dazu trägt vor allem eines bei: dass wir an den gesellschaftlich relevanten Themen in Mitteldeutschland dran sind.

Der ARD-Vorsitzende hat gerade gesagt, es gibt auch in dem ARD-Bericht wesentliche Teile, bei denen sich der MDR beteiligt. Ja, wir haben uns insbesondere mit einem Teil inhaltlich eingebracht, und zwar mit dem, was wir in dieser Region machen, insbesondere auch für die Bereiche, die für die Gesellschaft besonders relevant sind. Ich möchte bspw. die große Handwerkerwoche im letzten Jahr nennen, bei der wir uns mit ganz vielen Handwerkerthemen eingebracht haben. Uns alle beschäftigen doch die Nachwuchsthemen, uns alle beschäftigt die Frage: Wo liegt die Zukunft des Handwerks? Wir haben gelernt, dass die wichtigste Informationsquelle für die Berufswahl junger Menschen die Medien sind. Deswegen kann ich nur sagen: Wir sind gut beraten, uns auch solchen Themen immer wieder zuzuwenden. Wir sind jetzt dabei, erneut eine große Handwerkerwoche im Mitteldeutschen Rundfunk vorzubereiten, und zwar im Fernsehen, im Radio und im Netz, um das Handwerk sehr vielfältig darzustellen, es sichtbar zu machen und vor allem Wertschätzung damit zu verbinden.

Allerdings - damit komme ich wieder zur aktuellen Lage - werfen die zahlreichen Geschehnisse beim RBB Fragen an alle ARD-Anstalten auf. Wir werden von der Gesellschaft, von den Bürgerinnen und Bürgern, von den Unternehmen finanziert, und daraus erwächst unsere Verantwortung dafür, der Gesellschaft mit bestem Journalismus, mit Wirtschaftlichkeit und natürlich auch mit der Qualität unserer Angebote gerecht zu werden. Wir müssen uns der Kritik stellen, sowohl in inhaltlicher Hinsicht als auch mit Blick auf die Wirtschaftlichkeit. Deswegen beschäftigen wir uns auch in den Häusern - das hat der ARD-Vorsitzende gerade ausführlich dargelegt - mit den Themen, die im Raum stehen.

Ein Thema ist bspw.: Wie gut, wie robust sind unsere Compliance-Programme in den Häusern? Wir beim Mitteldeutschen Rundfunk haben aus der Vergangenheit die klare Erkenntnis gewonnen, dass ein Programmserfolg, die Glaubwürdigkeit unserer Angebote bei den Menschen und ein gutes Compliance-Programm sich wechselseitig bedingen, dass die Dinge miteinander im Zusammenhang stehen. Deswegen ist es wichtig, dass wir gute Compliance-Programme haben.

Ich freue mich natürlich, dass wir - der ARD-Vorsitzende sagte es - dabei an der Spitze stehen, aber dahinter liegen schmerzvolle Erfahrungen in der Vergangenheit, schmerzvolle Erfahrungen beim Kinderkanal, die mehr als zehn Jahre zurückliegen, und natürlich auch die Erfahrungen in dem ganzen Komplex um den früheren Unterhaltungschef des MDR. Sie wissen sicherlich aus den Medien, dass dieser Vorgang jetzt, nach mehr als einem Jahrzehnt, zur Anklage gekommen ist und auch in der Hauptsache verhandelt wird. Dieser Vorgang war

damals der Ausgangspunkt für viele Veränderungen beim MDR. Es wurden robuste Compliance-Strukturen geschaffen, in die die Gremien stark einbezogen wurden.

Was heißt das konkret? - Beispielsweise können unsere Compliance-Beauftragte und unser Revisionsleiter, auch wenn es um die Intendantin geht, sofort den direkten Zugang zu unseren Gremien wählen. In Verhandlungen, die Compliance-Themen betreffen, können sich die Compliance-Beauftragte und der Revisionsleiter sofort dorthin wenden. Sie sind regelmäßig in den Gremien zu Gast, und es wird darüber gesprochen, welche Sachverhalte, welche Vorkommnisse es gab und welche Konsequenzen an den unterschiedlichen Stellen gezogen wurden. Das ist gelebte Praxis im Mitteldeutschen Rundfunk. Der ARD-Vorsitzende sprach davon, dass die Gremien stark sein müssten. Letztlich müssen alle drei Organe stark und gut aufgestellt sein.

Das ist bei uns ein langer, intensiver Diskussionsprozess gewesen, auch in der Belegschaft des Mitteldeutschen Rundfunks. Wir haben jetzt einen Mitarbeiterkodex, den wir für alle auch verbindlich gemacht haben. Das ist ein Satz, der mir sehr wichtig ist und der auch sehr klar in diese Zeit passt: Aus unserer gesellschaftlichen Finanzierung erwächst eine besondere Verantwortung; jeder Missbrauch zerstört das Vertrauensverhältnis in die Integrität und die Objektivität von uns allen. Die Compliance-Themen sind uns in der ARD so wichtig, dass wir letztlich in allen Häusern tatsächlich die besten Standards haben werden. Wie wir das tun, hat der Vorsitzende der ARD gerade gesagt.

Ein weiterer Punkt, der neben den Compliance-Themen mindestens genauso wichtig ist, sind die Transparenzthemen. Sie erinnern sich vielleicht an das Gutachten von Prof. Kirchhof, der sich unter anderem mit Fragen der Transparenz beschäftigt hat. Eine Aussage aus dem Gutachten habe ich mir besonders gemerkt, nämlich dass Transparenz vor Argwohn und Misstrauen schützt. Wenn die Dinge bekannt sind und nicht im Verborgenen gehalten werden, dann gibt es kein Misstrauen und man kann offen über die Dinge sprechen. Deswegen war es uns damals, als der MDR den ARD-Vorsitz innehatte, wichtig, dass wir sowohl in wirtschaftlicher Hinsicht als auch in journalistischer Hinsicht noch transparenter werden. Wenn Sie heute auf die Transparenzseiten der ARD schauen, dann stellen Sie fest, dass vieles transparent ist: die Kosten der „Tatorte“, die Kosten der „Polizeirufe“, die Gehälter der Intendanten. Diesen Weg haben wir auch beim Mitteldeutschen Rundfunk nachvollzogen.

Mindestens genauso wichtig ist mir hinsichtlich der Transparenz, dass die Menschen verstehen, wie wir journalistisch arbeiten, warum man uns tatsächlich vertrauen kann. Das reicht von den Quellen, mit denen wir arbeiten, bis hin zu den Qualitätskriterien, die für uns gelten. All diese Dinge kann man nachlesen. Wenn wir einen Fehler machen - und wir machen Fehler -, dann gibt es beim Mitteldeutschen Rundfunk die Fehlerkorrekturseite, wo die Redaktionen ggf. einstellen: Wir haben folgenden Fehler gemacht und korrigieren diesen hiermit wie folgt ... Wir entschuldigen uns bei den Beitragszahlerinnen und Beitragszahlern dafür, dass solche Dinge passiert sind.

Natürlich muss man an den einzelnen Stellen konsequent transparent sein. Wir haben gemerkt: Wenn Teile nicht transparent genug sind, dann stellt sich die Frage, ob man etwas verbergen wollte. Damit bin ich wieder bei dem Ausgangspunkt: Es führt zu Misstrauen und Argwohn, wenn bestimmte Dinge nicht transparent sind.

Natürlich gibt es datenschutzrechtliche Themen und natürlich gibt es auch wettbewerbsrechtliche Fragen, die das Transparenzthema beeinflussen. Deswegen haben wir an den unterschiedlichen Stellen eine Abwägung zu treffen. Dieser Diskussion stellen wir uns mit der Grundhaltung: Transparenz ist gut und wichtig, sie schützt uns, hilft uns und sorgt für Vertrauen.

Zum Schluss würde ich gern noch auf einige Aspekte des Berichts für das Geschäftsjahr 2020 eingehen, der, wie gesagt, mittlerweile fast historischen Charakter hat. Das Jahr 2020 war das erste Pandemiejahr; damals war noch nicht vorstellbar, vor welchen Herausforderungen man dann plötzlich stand. Uns war damals klar: Jetzt müssen wir wirklich an den Menschen dran sein; wir müssen helfen, wir müssen sicherstellen, dass sie die Informationen bekommen, die sie brauchen. Denn es gab sehr viel Unsicherheit in der Gesellschaft. Wir haben uns riesig gefreut, als wir in jenem Jahr unsere Vertrauenswerte abgefragt haben; denn die Vertrauenswerte waren hoch. Für das Jahr 2020 hatten wir einen sehr hohen Wert. Fast 90 % der Menschen in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen haben gesagt: Wir vertrauen dem MDR. 64 % der Menschen in diesen Ländern haben gesagt: Wir vertrauen dem MDR in besonderem Maße. Das heißt, es wurden die besten Noten vergeben.

Wenn Sie uns im Jahr 2020 wirtschaftlich anschauen, dann sehen Sie, dass wir einen Fehlbetrag zu verzeichnen hatten, den wir aus den Rücklagen ausgeglichen haben. Wer bei früheren Anhörungen dabei war, der weiß, dass wir Fehlbeträge immer aus den Rücklagen ausgleichen, die wir beim Mitteldeutschen Rundfunk haben. Damit hat sich zwar das Eigenkapital verringert, aber der Mitteldeutsche Rundfunk hat eine Eigenkapitalquote von 37,6 %, ist also solide aufgestellt. Dass die Haupteinnahmequelle die Rundfunkbeiträge sind, wissen Sie.

Eines ist mir noch wichtig: Wir haben Ihnen, als wir zu der Anhörung zum Thema Beitragserhöhung hier waren, gesagt: Selbst wenn eine Beitragserhöhung kommt, muss der Mitteldeutsche Rundfunk sich wirtschaftlich weiter anstrengen, sowohl im Personalbereich als auch bei den Sachkosten. Wir sind Jahr für Jahr dabei, die Einsparmaßnahmen im Umfang von 40 Millionen €, die wir umsetzen müssen, auch umzusetzen, und wir bauen mehr Personal ab, als wir nach den Vorgaben der KEF abbauen müssten. Bis zum Jahr 2024 bauen wir 55 feste Planstellen ab, und zwar deshalb, weil der Mitteldeutsche Rundfunk ein strukturelles Defizit hat, das er beheben muss. Deshalb müssen wir weiterhin konsequent Fixkosten abbauen.

Sie wissen, dass wir mitten in einem radikalen Transformationsprozess stecken. Diesen haben alle Medienhäuser zu bewältigen, egal ob Printmedien oder Sendeanstalten. Ich kann

nur sagen: MDR für alle! Das spricht sich leicht dahin, ist aber mit einer riesigen Anstrengung verbunden. Mit dem neuen Staatsvertrag wird uns vorgegeben: Wir müssen für alle Bevölkerungsgruppen da sein, alle Altersgenerationen erreichen. Diese Vorgabe erfüllen wir noch nicht. Wir sind nicht in allen Teilen der Gesellschaft so verankert, wie wir es nach diesem Auftrag sein müssen.

Zum Mediennutzungsverhalten. Wenn ich Sie jetzt fragen würde, wer noch Fernsehen schaut, würde ich unter Ihnen wahrscheinlich noch eine ganze Reihe Fernsehzuschauer finden. Eine Reihe von Ihnen würde aber wahrscheinlich sagen: Nein, ich schaue gar nicht mehr Fernsehen. Das Mediennutzungsverhalten verändert sich weiter dynamisch. Es ist wirklich so, dass auch die 40-Jährigen und 50-Jährigen inzwischen immer mehr auch non-linear schauen. Die 60-, 70-Jährigen bleiben dem Fernsehen treu, bleiben immer wieder an unseren Angeboten hängen und schalten auch wieder ein.

Wir befinden uns inzwischen in einem Spagat. Ich bin der festen Überzeugung, dass uns die Fernsehnutzung mindestens für die nächste Beitragsperiode bis 2028 erhalten bleibt. Aber das Nonlineare wird immer relevanter, es wird immer stärker. Wir müssen nicht entweder hierin oder darin gut sein, sondern sowohl hierin als auch darin. Wir können wegen der Menschen, die auch weiterhin Fernsehen schauen werden, nicht einfach sagen, wir entleeren unser MDR-Fernsehprogramm. Andererseits können wir auch nicht sagen, wir machen nur ein bisschen Digitales. Das ist die größte Herausforderung, vor der wir beim Mitteldeutschen Rundfunk jemals standen.

Das ist ein tief greifender Veränderungsprozess. Wir bewältigen ihn finanziell, indem wir umschichten. Das bedeutet, wir nehmen Teile aus dem Linearen heraus und wir suchen alle im Haus vorhandenen Synergien, um Mittel zu erschließen, die wir ins Digitale umschichten können und müssen - wir haben die Mittel dafür nicht on top angemeldet -, damit die Angebote tatsächlich relevant sind.

Die Mediathek der ARD ist eine Riesenchance auch für Mitteldeutschland, weil uns das eine bundesweite Sichtbarkeit ermöglicht. Danke an den WDR, dass die „Tagesthemen“ diese Rubrik haben. Der MDR ist darin mit vielem vertreten. Wir gehören zu den Rundfunkanstalten, die die Rubrik Regionales in den „Tagesthemen“ sehr intensiv nutzen und dort regelmäßig mit Beiträgen aus Mitteldeutschland vertreten sind. Die ARD-Mediathek ist mit all den Möglichkeiten, dort Fiktionales und Dokumentarisches einzustellen, eine Riesenchance. Im Grunde ist es Herausforderung und Chance zugleich für Mitteldeutschland. Deswegen werden wir den Weg, im Digitalen noch viel stärker zu werden, konsequent gemeinsam gehen.

Zum Abschluss möchte ich noch eines sagen: Ohne Produzenten, ohne eine richtig starke Kreativwirtschaft hier in Mitteldeutschland werden wir diese digitalen Herausforderungen nicht bewältigen. Aus dieser festen Überzeugung heraus haben wir die Beiträge für die Mitteldeutsche Medienförderung bereits in diesem Jahr erhöht. Ab dem nächsten Jahr gehen

wir zusätzlich mit 750 000 € in die Mitteldeutsche Medienförderung, damit wir als Mitteldeutscher Rundfunk zur Stärkung der Kreativwirtschaft beitragen. Es war mir wichtig, das zu sagen; denn Produzenten sind eines unserer Rückgrate.

## Deutschlandradio

**Der Intendant des Deutschlandradios:** Natürlich wurden wir - die Intendantin des MDR hat es eben angesprochen - in den letzten beiden Jahren durch die beiden globalen Großkrisen in ganz besonderer Weise gefordert. Ein Virus, das die ganze Welt in Schach hält, und der russische Angriffskrieg auf die Ukraine - in beiden Fällen war und ist das Informationsbedürfnis der Hörerinnen und Nutzer groß. Sie erwarten verlässliche Berichterstattung, Analyse und Einordnung. Das ist unsere Aufgabe. Das suchen die meisten Menschen auch bei den sogenannten Leitmedien der Tageszeitungen oder eben beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

Im Deutschlandradio-Staatsvertrag steht zu unserem Auftrag:

„In den Angeboten der Körperschaft soll ein objektiver Überblick über das Weltgeschehen, insbesondere ein umfassendes Bild der deutschen Wirklichkeit vermittelt werden. Die Angebote sollen eine freie individuelle und öffentliche Meinungsbildung fördern.“

Wie lässt sich das gewährleisten, wenn man es wie im Fall von Corona mit einer Situation zu tun hat, die es in diesem weltweiten Ausmaß noch nicht gegeben hat, die viele wissenschaftliche Fragen offenhält und in der man selbst persönlich mit seinen Angehörigen natürlich auch betroffen ist? Wie kann gewährleistet werden, dass die gesellschaftlichen Debatten und die verschiedenen Positionen ausgewogen abgebildet werden - Stichwort Pluralität? Wie gelingt es gleichzeitig, Akteuren und Demagogen nicht auf den Leim zu gehen? Wie lässt sich unser Auftrag gewährleisten, wenn man im Fall des Angriffskrieges auf die Ukraine erst einmal sortieren muss: Wie kommen wir überhaupt an verlässliche Informationen? Was ist Fakt, was ist Propaganda? Vor allem, wenn man es besonders auf der einen Seite mit einer erfahrenen Desinformationsfabrik zu tun hat.

Ich möchte Sie nicht mit der Problembeschreibung aufhalten, sondern Ihnen lieber davon berichten, wie wir bei Deutschlandradio mit diesen Herausforderungen umgehen. Unser Thema heißt heute: Bericht über programmliche Leistungen. Der Bericht liegt Ihnen vor und gibt ein ausführliches Bild unserer Arbeit.

Sie lesen darin z. B., wie ernst wir auch in der Coronazeit unsere Rolle als Kulturförderer und Kulturpartner nehmen, wie Kolleginnen und Kollegen versucht haben, z. B. Musikerinnen, Orchester und kleine Festivals, die plötzlich ohne Bühne und ohne Publikum dastanden, so gut es ging zu unterstützen: durch die sogenannten Geisterkonzerte - Aufzeichnungen oder live ohne Publikum -, durch Produktionen in unseren Studios. Wenn wir Musikveranstaltungen

gen übertragen haben, haben wir den Teilnehmern immer auch die Möglichkeit geboten, sich zu ihrer sehr prekären Situation zu äußern. Nehmen Sie einen Opernabend live aus dem Opernhaus Chemnitz im Jahr 2020, den wir übertragen haben; hierbei waren alle ostdeutschen Opernhäuser vertreten, auch Halle, Magdeburg und Dessau. Das war musikalisch, aber auch kulturpolitisch wichtig.

Wie haben wir aber über Corona berichtet? Für die Antwort orientiere ich mich an den häufigsten Vorwürfen:

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk berichtet nur aus Regierungsperspektive und hinterfragt diese nicht kritisch. - In Dutzenden Beiträgen und Interviews haben wir in unseren drei Programmen und nichtlinearen Angeboten immer wieder die massive Einschränkung von Grundrechten im Zuge der Coronapandemie thematisiert und die Frage der Verhältnismäßigkeit in Abwägung mit dem Infektionsschutz gestellt. Auch über Untersuchungen zu möglichen Impfschäden haben wir häufig berichtet.

Uns hat oft der Vorwurf erreicht, wir würden nicht darüber berichten, was die Coronapolitik der Bundesregierung für Kinder bedeute, für ältere Menschen, für die Wirtschaft, für kleine Unternehmen, für Selbstständige, für die Kultur. - All das haben wir gemacht, schon sehr früh und intensiv, z. B. mit unserem Landeskorrespondenten - in Sachsen-Anhalt ist das Niklas O. -, der fast genau zum Start der Pandemie sein Amt angetreten hat. Er war z. B. im damaligen Corona-Hotspot im Burgenlandkreis, hat von dort berichtet, wie die Menschen die Situation erleben, wie die Politik damit umgeht. Er hat an den Beispielen der Theater in Magdeburg und in Naumburg über die schwierige Situation von Kulturbetrieben berichtet. Er hat am Beispiel einer Kita gezeigt, was die Schutzmaßnahmen und Einschränkungen für Kinder, Eltern und Mitarbeiterinnen bedeuten.

Ein weiterer Vorwurf: In den Programmen kämen nur regierungsnahen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu Wort. - Wir haben in Absprache mit unserer hoch qualifizierten Wissenschaftsredaktion unsere Interviewpartnerinnen und -partner aus der Wissenschaft grundsätzlich nach einschlägiger fachlicher Expertise ausgewählt. Diese lässt sich bspw. anhand von Publikationen zum jeweiligen Thema in anerkannten wissenschaftlichen Journalen nachvollziehen, bei denen die Arbeit der Autoren und der Wissenschaftler vor Veröffentlichung durch unabhängige Gutachterinnen und Gutachter aus dem gleichen Fachgebiet geprüft wird. Unsere Fachredaktion hat konstant die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse verständlich aufbereitet und eingeordnet, hat viel erklärt und Fakten gecheckt.

Dann kam - wir haben es alle erlebt - ohne Zeit zum Durchatmen die zweite große Krise, der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und in der Folge Inflation und massiv steigende Verbraucher- und Energiepreise. Auch darüber berichten wir natürlich intensiv, auch aus den einzelnen Bundesländern. Unser Landeskorrespondent hat z. B. kürzlich darüber berichtet,

dass die Stickstoffwerke Piesteritz, immerhin Deutschlands größter Ammoniakproduzent, befürchten, dass die Gasumlage das Aus bedeuten könnte.

Für die Berichterstattung über das, was in der Ukraine selbst passiert, stellen die Kriegsbedingungen eine besondere Herausforderung dar, vor allem das Überprüfen von Informationen. So sind bspw. Vor-Ort-Recherchen oftmals nur sehr schwer möglich. Hörbar wird das in Berichten, wenn es heißt: Diese Angaben sind nicht unabhängig überprüfbar. Das ist für Journalistinnen und Journalisten eine extrem schwierige Situation, wenn sie ihren Auftrag im Kopf haben, einen objektiven Überblick über das Weltgeschehen zu geben und eine freie individuelle und öffentliche Meinungsbildung zu ermöglichen.

Seit dem Beginn des Krieges kümmert sich deshalb ein sechsköpfiges Team aus ehemaligen Russland- und Osteuropakorrespondentinnen und -korrespondenten sowie Kennern der Region um die Berichterstattung. Zu ihnen gehören Sabine A., Gesine D., Dirko G., Florian K., Frederic R. und Peter S., Namen, die Sie wahrscheinlich kennen, wenn Sie unsere Programme hören. Die Teammitglieder haben die Ukraine vielfach bereist und teils sogar dort gelebt. Die Kolleginnen und Kollegen halten Kontakt zu Menschen und Journalisten in der Region, die sie schon seit Jahren kennen. Diese helfen durch ihre Berichte, die Lage in der Ukraine besser einzuschätzen. Neben diesen Kontakten wertet das Team weitere Quellen wie etwa Medien- und Augenzeugenberichte aus und führt Interviews mit Expertinnen und Experten, die mit ihren Analysen dazu beitragen, die Situation vor Ort besser einordnen zu können. Doch je länger der Krieg dauert und Reporter nur eingeschränkt an Informationen gelangen, desto schwieriger wird es, Fakten zu überprüfen und die Lage zu analysieren.

Das machen wir transparent, z. B. in unserem Medien-Podcast „Nach Redaktionsschluss“. Über diesen sind Hörerinnen und Hörer zu Gast, die der Redaktion ein Thema vorgeschlagen haben. Im Fall einer Sendung im Mai hatte ein Hörer geschrieben, er fühle sich manipuliert, wenn Berichterstattung moralisch aufgeladen sei. Dann hat er gefragt: Wie recherchieren Nachrichtenmedien? Warum werden Kriegsparteien als Nachrichtenquelle genutzt? Wie wichtig ist der transparente Umgang damit? - Das wurde in dem Podcast mit ihm und Experten besprochen.

In vielen Untersuchungen und Studien hat sich gezeigt, dass diese Informationsangebote von vielen Menschen geschätzt werden, auch weil sie in diesen Krisenzeiten Orientierung bieten. Auch die Nutzungszahlen in der Zeit dieser beiden großen Krisen unterstützen diesen Eindruck. Kurz: Suchen die Menschen verlässliche Informationen und Einordnung, dann suchen Sie gern bei den Öffentlich-Rechtlichen, auch bei unseren Angeboten, also Deutschlandfunk, Deutschlandfunk Kultur und Deutschlandfunk Nova. Das haben wir z. B. zu Beginn der Coronapandemie gesehen; unsere Audiothek verzeichnete im ersten Halbjahr 2020 im Monatsdurchschnitt 3,4 Millionen Audio-on-Demand-Wiedergaben. Eine deutliche Steigerung haben wir auch bei unserer Nachrichten-App gesehen. Diese verzeichnete im ersten Halbjahr 2020 im Monatsdurchschnitt 5 Millionen Seitenaufrufe.



Aktuell sehen wir z. B. auch auf unseren Programmwebseiten, dass Beiträge zum Krieg in der Ukraine und zu den hohen Energiepreisen auf ein sehr hohes Interesse stoßen. Auch Instagram - eigentlich ein Bildmedium - ist ein starker Distributionsweg für unsere Inhalte geworden.

Auch unsere Hörerzahlen sprechen von einem hohen Vertrauen. Der Deutschlandfunk gehört seit Jahren als einziges Informationsprogramm zu den zehn erfolgreichsten Sendern in Deutschland. Laut jüngsten Zahlen schalten ihn täglich rund 2,1 Millionen Hörerinnen und Hörer ein. Unsere drei Programme kommen im weitesten Hörerkreis auf neue Höchstwerte: 10,55 Millionen Hörerinnen und Hörer z. B. beim Deutschlandfunk. Das bedeutet, nie zuvor haben so viele Menschen unsere Programme gehört.

Ich möchte Sie hier nicht mit Zahlen überfrachten. Viele finden sich in den Berichten zum Programm sowie zu unserer wirtschaftlichen und finanziellen Lage, die Sie von uns bekommen. Mir war nur wichtig, Ihnen zu belegen, dass die Hörerinnen und Nutzer offenbar Vertrauen in unsere journalistische Arbeit haben, dass sie uns als Quelle für verlässliche Information vertrauen, dass sie uns nutzen, um sich selbst eine Meinung zu bilden.

Damit komme ich zu meinem letzten Punkt. Uns ist sehr bewusst, dass Vertrauen nicht selbstverständlich ist. Wir müssen es uns verdienen, indem wir unseren Auftrag erfüllen, indem wir unsere Arbeit gut machen, aber auch indem wir transparent machen, wie wir arbeiten, wie wir mit unseren Hörerinnen und Nutzern in den Dialog gehen, wie wir das in zahlreichen Formaten machen, etwa dem eben erwähnten Podcast „Nach Redaktionsschluss“ oder in unserer Denkfabrik, in der die Hörerinnen und Nutzer das Thema wählen, mit dem wir uns für ein Jahr besonders intensiv mit unseren Angeboten beschäftigen - die Menschen, die uns hören bzw. nutzen oder die uns erst kennenlernen, sollen auch bei Veranstaltungen im Zentrum stehen, auch wenn Corona uns dabei lange einen Strich durch die Rechnung gemacht hat - oder in dem offenen „Studio 9“, bei dem die Hörerinnen und Hörer mit den Gästen diskutieren können - um nur einige Beispiele zu nennen.

Wir wissen sehr genau, dass wir als beitragsfinanzierte Organisation eine ganz besondere Verpflichtung haben, verantwortungsvoll mit dem Geld der Beitragszahlerinnen und Beitragszahler umzugehen. Ich möchte hier als Stichwort nur die Kooperationen nennen, die wir z. B. beim Einkauf mit dem Norddeutschen Rundfunk oder bei der Gehalts- und Honorarabrechnung mit dem Westdeutschen Rundfunk haben, weil das deutlich günstiger ist, als wenn wir als kleines Haus das allein machen würden.

Wir wissen auch seit Langem, wie wichtig die Transparenz und die Kontrolle durch unsere Gremien für dieses Vertrauen ist. Wir haben einen Hörfunkrat und einen Verwaltungsrat mit einer klaren Aufgaben- und Rollenbeschreibung aus dem neuen Deutschlandradio-Staatsvertrag. Deshalb begrüßen wir sehr, dass der Medienänderungsstaatsvertrag eine weitere Stärkung der Rolle der Gremien vorsieht.

## Zweites Deutsches Fernsehen (ZDF)

Der **Intendant des ZDF**: Ich mache es kurz, weil ich denke, dass Sie in den Diskurs mit uns kommen wollen, uns Fragen stellen wollen. Ich will dem durch Sachsen-Anhalt benannten KEF-Mitglied nicht vorgreifen, das sicherlich über den Bericht gleich noch ausführlicher reden will. Deshalb und auch angesichts der aktuellen Lage drei Punkte von meiner Seite.

Zum Ersten würde ich gern über das ZDF, sein Programm und sein Engagement in Sachsen-Anhalt reden. Zum Zweiten würde ich ein paar Sätze zu dem Thema Compliance-Organisation des ZDF und zum Dritten ein paar Sätze zum Thema Kontrolle des ZDF durch seine Gremien verlieren.

Zum Ersten. Ich habe meiner Bewerbungsrede - Sie wissen, ich bin erst seit Kurzem Intendant - im letzten Jahr das Motto „Ein ZDF für alle“ vorweggestellt, und wir haben jetzt beim ZDF einen Strategieprozess begonnen, um genau dieses Ziel zu erreichen. Zentral dabei sind die Qualität unserer Programme, aber auch die Nutzung sowie die Akzeptanz unserer Programme. Damit bin ich bei einem wichtigen Punkt. Das ZDF war und ist in der Vergangenheit immer von der Mehrheit der deutschen Bevölkerung gesehen worden und auch die Anerkennung für unsere Berichterstattung war groß. Aber um dieses Vertrauen, das wir haben - das wussten wir schon in der Vergangenheit, aber in diesen Wochen erst recht -, müssen wir immer wieder werben, das müssen wir immer wieder umkämpfen. Und das, was wir verloren haben, müssen wir auch wieder zurückgewinnen.

Strategieprozess und Programmprozess dienen genau dazu, Zuschauergruppen auch wieder zurückzugewinnen, die uns nicht mehr vertrauen, die sagen: Wir finden uns bei euch im Programm nicht mehr wieder. Genau das müssen wir schaffen, nämlich zu schauen, wie wir mit Programminhalten und Programmangeboten diese Zuschauerinnen und Zuschauer wieder zum ZDF, zu der Mediathek, zu unseren Angeboten zurückführen. Das ZDF ist - wenn ich das an dieser Stelle sagen darf - der meistgesehene Sender in Deutschland wie auch in Sachsen-Anhalt. Der gesamte Prozess, den ich eben geschildert habe, wird bei uns sehr eng von den Gremien und natürlich auch vom Fernsehrat begleitet.

Ein paar Worte zum Engagement des ZDF in Sachsen-Anhalt. Wir sind die Anstalt der Länder, aber wir sind natürlich der nationale Sender. Ich glaube, das ist auch das, was wir mit unserem Landesstudio in Sachsen-Anhalt - Andreas W. ist mit dabei; Sie kennen ihn alle -, mit seinen Kolleginnen und Kollegen versuchen, nämlich dass wir aus Sachsen-Anhalt über die Dinge berichten, die auch national von Interesse sind, Land und Leute, Kulturpolitik, Gesellschaft und Wirtschaft. Die Dinge, die wir hier im Land haben, beispielgebend für das ganze Land und auch für die Nation zu zeigen, das ist, glaube ich, die zentrale Aufgabe unseres Landesstudios, die die Kolleginnen und Kollegen seit Jahren, wie ich denke, auch gut meistern.

Eine weitere Anmerkung: Wir sind auch mit fiktionalen Programmen sehr aktiv. Sie kennen die wöchentliche Serie „Blutige Anfänger“, die in Halle spielt. Ich glaube, dass es neben der Information auch wichtig ist, Land und Leute über die Fiktion und damit auch etwas stärker emotional zu spiegeln. Man erfährt dann mehr auch unmittelbar aus der Region, wenn man sieht, wie Land und Leute hier in die bundesrepublikanische Wirklichkeit eingebettet sind, wenn man die Probleme nicht verschweigt, die Strukturdefizite, die wir in Deutschland haben, aber auch beispielgebende Dinge aus Sachsen-Anhalt zeigt, woraus andere Bundesländer wiederum lernen können von Sachsen-Anhalt.

„Terra X“ als nächstes Beispiel. Unsere großen Wissenschaftssendungen werden auch in Sachsen-Anhalt produziert, ein wichtiger Bestandteil öffentlich-rechtlichen Schaffens.

Der letzte Punkt hierzu: die Kulturberichterstattung. Das gilt für unsere nationalen Kulturprogramme natürlich genauso wie für „ZDF-Kultur“, damit auch die sachsen-anhaltische Kultur bundesweit abgebildet werden kann.

Zum Zweiten: das Compliance-System im ZDF. Wir haben seit vielen Jahren klare Regeln, die auch mit unseren Gremien besprochen worden sind. Ich habe mit meinem Amtsantritt ein Compliance Management Board eingeführt, das diese Regeln miteinander verknüpft und sie immer wieder auf den neuesten Stand bringt. Wir haben einen Mitarbeiterkodex, der den Umgang mit Geschenken, Dienstreisen, Rechtsgeschäften und natürlich genauso die Nebentätigkeit regelt. Das wird von unseren Gremien sehr regelmäßig überwacht, und natürlich - zurzeit tagt der Ausschuss des Fernsehrates in Mainz; mir war es aber wichtig, dass ich heute bei Ihnen bin - werden wir diese Compliance-Regeln noch einmal auf den Prüfstand stellen und sie, wenn das nötig ist, gemeinsam mit unseren Gremien aktualisieren.

Zum Dritten - ich komme zum Ende -: Wie sieht die Aufsicht des ZDF durch die Gremien aus? - Die Programmbegleitung und die Programmkontrolle erfolgen beim ZDF durch den Fernsehrat. Er ist neu strukturiert. Es gibt einen sehr frischen ZDF-Staatsvertrag, sechs Jahre alt. Der Fernsehrat ist mit neuen Aufgaben ausgestattet und setzt sich aus 60 Vertreterinnen und Vertretern gesellschaftlicher Gruppen zusammen. Die Länder sind darin genauso vertreten wie natürlich die gesellschaftlichen Gruppen und der Bund.

Ich kann Ihnen berichten: In meiner Zeit - zehn Jahre als Programmdirektor und jetzt als Intendant - sind die Debatten um unser Programm lebhaft und sehr ernsthaft. Zudem liefern sie klare Rückschlüsse und haben Rückfolgen in den Redaktionen. Das ist ein ganz enges Wechselspiel zwischen unserer Programmoheit und der Kontrolle, die über unsere Programmqualität erfolgt.

Das Gleiche gilt im Übrigen auch für den zwölfköpfigen Verwaltungsrat, der wiederum für die Finanz- und die Ressourcenkontrolle zuständig ist. Ihr Ministerpräsident ist seit Jüngstem auch Mitglied bei uns im Verwaltungsrat.

Ein letzter Satz zu dem Gremienbüro, also zu der Unterstützung für Fernsehrat und Verwaltungsrat vonseiten des Hauses. Zwölf Personen arbeiten in diesem Gremienbüro beim ZDF. Das sind nicht nur Sachbearbeiterinnen und Verwaltungsangestellte, sondern auch Juristinnen und Juristen, ein Betriebswirt und auch ein Journalist. Bei uns verfügen die Gremien über ein eigenes Budget. Sie haben die Möglichkeit, selbstständige Expertise von außen heranzuziehen und diese Gremienkontrolle sehr selbstständig auszuführen. - Dies vielleicht für Sie zum Hintergrund.

**Vorsitzender Daniel Sturm:** Wie vorhin beschlossen, fassen wir die ersten ursprünglich zwei Tagesordnungspunkte zusammen und behandeln sie gemeinsam. Ich rufe daher jetzt den **23. Bericht der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF-Bericht)** auf.

Das durch das Land Sachsen-Anhalt benannte Mitglied der KEF ist in der heutigen Sitzung anwesend, um den Bericht zu erläutern. Ich erteile ihm jetzt das Wort.

#### **Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF)**

Ein **Mitglied der KEF:** Am Anfang vielleicht einige Worte zu mir; denn es ist das erste Mal in dieser Legislaturperiode, dass ich hier einen KEF-Bericht vorstellen darf. Ich bin seit 2015 Präsident des Landesrechnungshofes und bin am 1. Januar 2017 vom Land Sachsen-Anhalt als Sachverständiger in die KEF entsandt worden. Warum? - Weil im Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag geregelt ist, dass in dem Expertengremium fünf Vertreter der Rechnungshöfe anwesend sein sollen. Dies wird traditionell von den Präsidentinnen und Präsidenten der Rechnungshöfe selbst wahrgenommen.

Ich hatte dann die Ehre, von der Staatskanzlei erneut bestellt zu werden, und bin seit dem 1. Januar 2022 Vorsitzender der Arbeitsgruppe 4 der KEF. Dort bin ich zuständig für den wunderbaren Bereich der Investitionen und habe in diesem Zusammenhang auch regelmäßig Kontakt mit den Vertretern der Anstalten. Ich komme gerade von einer Sitzung der Arbeitsgruppe 4 der KEF. Wir haben gestern in Berlin zusammengesessen und schon einmal die Vorboten des 24. KEF-Berichts besprochen.

Damit komme ich zu dem 23. KEF-Bericht. Gestatten Sie mir im Vorfeld einige Erläuterungen; denn die Rahmenbedingungen, die vorhin schon beschrieben wurden, sind auch für die KEF durchaus anstrengend und verlangen der Geschäftsstelle momentan sehr viel ab. Die KEF befindet sich gegenwärtig in einer seltenen Situation. Bisher flog die KEF immer ein bisschen unter dem Radar. Ich gebe zu, dass auch ich vor vielen Jahren keine genaue Ahnung davon hatte, was die KEF eigentlich macht.

Seit einigen Wochen gehen fast täglich überregionale Presse- und Medienanfragen ein, die alle in der Geschäftsstelle gebündelt und beantwortet werden. Es gibt jede Menge Zuschriften von Beitragszahlern, auch in einer Qualität, wie wir sie früher nicht hatten. Das geht so

weit - das als kurzer Exkurs zum RBB -, dass uns Beitragszahler schreiben, die KEF sei blind und taub, sie sei zu blöd, die Belege zu prüfen. Man fragt uns: Wie können solche Dinge eigentlich möglich sein, wenn die KEF richtig gerechnet hat?

Vor diesem Hintergrund will ich kurz - für viele ist das neu - das Verfahren beschreiben und erklären, was die KEF eigentlich tut. Die KEF ist kein Belegprüfer. Die KEF stellt den ungedeckten Finanzbedarf fest und betrachtet das Gesamtsystem eher aus der Vogelperspektive. Das ist mit 16 Sachverständigen, mit Unterstützungsleistungen und mit einer sehr kleinen Geschäftsstelle sehr ambitioniert, aber das System funktioniert - momentan, muss man sagen.

Welche Rollen die einzelnen Akteure in dem System der Beitragsfestsetzung haben, ist in der Öffentlichkeit, glaube ich, noch nicht ganz klar. Man ordnet der KEF immer wieder zu, dass sie auch dafür da sei, durch Kürzungen und andere Dinge für Beitragsstabilität zu sorgen und Aufwüchse zu verhindern. - Das tut sie nicht. Die KEF hat ein relativ mathematisches, regelgebundenes Bedarfsfeststellungsverfahren und der Absprungpunkt ist immer die Anmeldung der Anstalten. So war es auch bei dem 23. KEF-Bericht. Das heißt, die Anstalten melden an und die Grundlage dafür ist der Auftrag. Damit sind Sie als Abgeordnete im Boot. Der Auftrag wird von dem Besteller ausgelöst und das sind die Parlamente.

Wenn man sich anschaut, durch welche schwierigen Rahmenbedingungen der 23. KEF-Bericht geprägt war, dann bekommt man eine Vorstellung davon, was auch dem Gremium bei der Prognose des künftigen Finanzbedarfs abverlangt wurde. Der 23. KEF-Bericht war durch das Coronajahr geprägt. Niemand konnte sagen, wie sich Aufwand und Erträge durch die exogene Beeinflussung verändern werden. Niemand konnte erwarten, dass es z. B. bei den Baupreisen exorbitante Steigerungsraten gibt, die jenseits bisheriger Steigerungsraten lagen. Dennoch war es am Ende so, dass die KEF bei der Anmeldung durchaus gekürzt hat.

Der Bericht ist übrigens online verfügbar. Ich werbe dafür, ihn auch einmal zu lesen, und zwar insbesondere die ersten neun Seiten. Wie die Jahresberichte des Rechnungshofes hat auch der KEF-Bericht eine Zusammenfassung, die stark verdichtet alle relevanten im KEF-Bericht enthaltenen Zahlen darstellt, damit man beim kurzen Überfliegen eine Vorstellung davon bekommt, was dort passiert. Ansonsten ist das natürlich ein Werk, das wohl höchstens Insider komplett durcharbeiten.

Die Rundfunkanstalten hatten durchaus die Erwartung, dass Corona größere Verwerfungen zur Folge haben wird, und haben gegenüber dem 22. Bericht - das war ja der Zwischenbericht - fast 1,8 Milliarden € mehr angemeldet. Die KEF hat diesen Finanzbedarf insbesondere durch Kürzungen bei Aufwand und Erträgen sowie bei den sogenannten Eigenmitteln um fast 1,6 Milliarden € reduziert. Das ist eine gigantische Zahl. Wer also behauptet, die KEF würde dort nicht richtig hinschauen - wir haben dazu mit den Anstalten auch regelmäßig

Diskussionen -, der sollte anhand dieser Zahlen eigentlich sehen, dass da eine Menge passiert.

Wir sind bei 17,50 € gestartet und dann kamen diese 86 Cent. Ohne die beschriebene Kürzung wäre die Beitragssteigerung doppelt so hoch ausgefallen; denn ein Beitrags-Cent entspricht rund 18 Millionen €. Wenn also behauptet wird, 86 Cent seien eineinhalb Brötchen, dann muss man wissen - das muss man eben über die vier Jahre und über die Gesamtsumme der Haushalte sehen -, dass es bei einem Beitrags-Cent tatsächlich um 18 Millionen € geht.

Es wird auch viel gestritten: Das kann ja nicht funktionieren; wir hatten ewig lange einen Beitrag von 17,50 € und da gab es keine reale Steigerung. Ich möchte einmal eine Botschaft loswerden: Der Beitrag selbst und die Beitragserträge lassen nur einen sehr begrenzten Rückschluss auf die Finanzausstattung der Anstalten zu; denn die Anstalten haben natürlich auch noch andere Ertragsarten, an ganz vielen Stellen, und die sind durchaus nennenswert. Allein aus dem Umstand, dass der Beitrag nicht steigt, kann nicht geschlossen werden, dass die Finanzausstattung nicht trotzdem wächst. Das zu wissen ist ganz wichtig.

Wir hatten am Ende - auch das finden Sie auf den ersten neun Seiten - einen Zuwachs von insgesamt rund 1,5 Milliarden €, fast 1,6 Milliarden €. Das entspricht einem Anteil von 4,8 % über die Beitragsperiode hinweg und einem Anteil von 1,2 % pro Jahr. Warum sage ich das? - Es gibt immer wieder einmal die Idee einer Beitragsindizierung. Die KEF - das darf ich Ihnen verraten - hält davon gar nichts.

Noch vor zwei Wochen hätte ich ganz selbstbewusst gesagt: Der Rundfunkbeitrag hängt doch nicht vom Ölpreis ab! Gestern haben wir auch über die Frage geredet, was am Energiemarkt passiert. Insofern darf man zumindest für den 24. Bericht nicht vergessen, dass wir es mit Steigerungsraten bei Energie und Wärme zu tun haben, die Sie alle auch kennen. Deswegen halte ich das für schwierig.

Momentan haben wir - politisch verstehe ich das - auch die Forderung nach Beitragsstabilität. Es wird gesagt: Es verbietet sich, den Beitrag nach dem nächsten Bericht weiter steigen zu lassen. Damit komme ich auf meinen Ansatzpunkt zu sprechen: Das geht nur, wenn etwas am Auftrag passiert. Niemand kann erwarten, dass bei den gegenwärtigen Strompreisen und bei der jetzigen Inflation tatsächlich ein real konstanter Beitrag herauskommt. Das ist nicht möglich, glaube ich.

Eines können wir nicht tun - das Verfassungsgericht hat die Rolle der KEF relativ gut beschrieben -: Wir können das nicht vom Ende her denken. Wir können also nicht sagen: Es besteht der Wunsch, bei 18,36 € zu bleiben, dann schauen wir einmal, wie wir das hinrechnen, damit das am Ende auch passt. Das würde das KEF-Verfahren komplett diskreditieren. Insofern ist es an Ihnen - das wäre tatsächlich das, was wir in den Gremien immer wieder besprechen - zu überlegen - da bin ich bei dem ARD-Vorsitzenden -, an welcher Stelle das Re-

formprojekt ansetzt und wie sich das tatsächlich auf die Finanzbedarfe der Rundfunkanstalten auswirkt.

Ein Wort zu der Digitalisierung, die die Intendantin des MDR zu Recht angesprochen hat. Richtig ist: Es gibt kein Digitalisierungsprojekt beim MDR. Richtig ist aber auch, dass eine Digitalisierung bei den Anstalten trotzdem stattfindet. Die Finanzausstattung bietet natürlich Spielräume, sodass sie so etwas aus Bordmitteln hinbekommen. Das ist schmerzhaft, weil sie dafür umschichten.

Jetzt zeigt sich ein bisschen der genetische Code des Rechnungshofes. Es gab gestern bei der KEF auch wieder den Wunsch nach mehr Flexibilisierung und Durchlässigkeit bei den einzelnen Aufwandsarten. Wenn ich als Rechnungshofpräsident die Begriffe Flexibilisierung und Durchlässigkeit höre, verstehe ich Intransparenz und Geld ausgeben, das übrig ist - also Benachteiligung des Beitragszahlers. Ich sage das einmal so deutlich.

Normalerweise läuft es so: Sie melden Kosten für einen bestimmten Zweck an; wir sehen uns das an und prüfen, ob der Aufwand passt; am Ende der Beitragsperiode ist das Geld dann nicht verausgabt worden. Alle Financer wissen, was dann passiert: Geld, das man nicht ausgibt, geht ins nächste Jahr und wird auf den Finanzbedarf des Folgejahres angerechnet. Das machen wir in diesen Fällen auch. Das sind dann die sogenannten Eigenmittel, von denen ich gesprochen habe. Das heißt, wenn Geld in einer Beitragsperiode übrig bleibt, geht es in die nächste und wird von dem Anmeldungsbedarf abgezogen; es deckt sozusagen die Beitragssteigerung ab. Das haben wir bei der Umstellung von Gebühr auf Beitrag damals auch gesehen. Deswegen gab es so lange einen Beitrag von 17,50 €: Es war eine Riesenrücklage da, die sukzessive aufgebraucht wurde, um die Beitragsprogression abzufedern.

Alles in allem muss ich sagen, dass die Arbeit in der KEF extrem schwierig geworden ist. Die Vielstimmigkeit der Zurufe, die E-Mails - - Die Zahl der Beiträge, die die KEF-Mitglieder erreichen, ist wirklich dramatisch gestiegen. Ich erwarte, dass das beim 24. Bericht, den wir gerade auf den Weg bringen, ähnlich schwierig sein wird, weil es eben die Erwartungshaltung gibt, dass in dieser Krise, die durch Energiepreisteigerungen geprägt ist, alle den Gürtel enger schnallen. Daher kann ich nur an Sie appellieren: Sie müssen wissen, was Sie bestellen. Eine Beitragssteigerung auszuschließen, wenn man alles so lässt, wie es ist, das ist volkswirtschaftlich unmöglich. Das muss man wissen, bevor man das beschließt.

Ein Kernelement des neuen Rundfunkstaatsvertrags ist ein größeres Maß an Flexibilität. Damit bin ich wieder bei dem Punkt: Höhere Durchlässigkeit heißt auch, dass sie umschichten können und dass sie Geld ausgeben können, das früher möglicherweise in die Eigenmittel geflossen wäre.

Alles in allem sehen Sie - auch wenn das nicht allen gefallen hat -: Die KEF wirkt. Die KEF hat tatsächlich die Leitplanken eingezogen, die man in der öffentlichen Debatte erwartet, allerdings auf einer Metaebene.

Als Rechnungshof prüfen wir übrigens keine Belege und auch nicht das Gehalt der Intendantin, sondern Wirtschaftlichkeitsfragen beim MDR. Ich habe dafür, würde ich sagen, etwa zwei Leute. Damit haben Sie ungefähr eine Vorstellung davon, in welcher Prüfdichte wir das machen. Aus Berlin sind Forderungen zu hören, dass die Rechnungshöfe eine Art Turnusprüfung, eine regelmäßige Vollprüfung durchführen sollten. Das halte ich aufgrund der Infrastruktur, die in den Rechnungshöfen vorliegt, und aufgrund der Personalausstattung für einen frommen Wunsch. Das ist überhaupt nicht möglich.

Man kann natürlich auch die Frage stellen: Wenn jeder der Akteure - Verwaltungsräte, Aufsichtsgremien, KEF und Rechnungshöfe - seine Rolle ausfüllt, sollte das dann nicht ausreichen?

**Abg. Tobias Rausch (AfD):** Ich würde mit einigen Punkten anfangen, die ich mir notiert habe. Die üblichen Fragen zu den Berichten für die Finanzverwendung beim MDR spare ich mir jetzt einmal; denn das hat sich offenbar nicht geändert. Anderes konnte ich aus den Berichten zumindest nicht herauslesen.

Ich habe eine Frage an den Vorsitzenden der ARD. Bei dem RBB-Skandal hat die ARD schnell klargemacht, dass sie der Führung des RBB das Vertrauen entzieht. Ich halte es, das muss ich sagen, für bemerkenswert, dass Sie diesen Schritt gegangen sind. Das hätte ich in der Form nicht erwartet. Bei all dem Reformbedarf, der jetzt gesehen wird, und den Vorschlägen, die im Raum stehen, dass man eventuell Vorstände einsetzen will, die das prüfen, stelle ich mir allerdings die praktische Frage, wie das im Detail vor sich gehen soll, auch mit Blick auf das, was der Präsident des Rechnungshofes zur Aufgabe der KEF ausgeführt hat.

Wir konnten vernehmen, dass manche Dinge, etwa die Förderung von irgendwelchen Medienproduzenten usw., gemacht werden, auch wenn sie gar nicht von dem Grundauftrag, nämlich der Pflicht zur Information der Bürger, gedeckt sind. Das heißt, gewisse Kostenpositionen in den Anstalten decken sich nicht mit dem Grundauftrag. Das wird von der KEF inhaltlich aber auch gar nicht infrage gestellt. Die Gremien, die es gegenwärtig gibt, prüfen das auch gar nicht.

Herr Minister Robra hat gefordert, einen Vorstand wie bei einer Aktiengesellschaft zu installieren. Ich stelle mir das plastisch so vor, wie es bei kommunalen Gremien ist: Die haben ein operatives Geschäftsfeld - Sie haben keinen Geschäftsführer, sondern Sie sind ja Intendant, gewissermaßen als Geschäftsführer eingesetzt -, dann gibt es diesen neuen Aufsichtsrat, Vorstand, wie auch immer, der beschäftigt sich im Detail aber auch nicht mit dem operativen Geschäft.

Meine Frage an Sie ist, wie Sie diese Vorschläge prinzipiell bewerten. Wie wollen Sie zukünftig dafür Sorge tragen, dass das, was beim RBB passiert ist, nicht wieder passieren kann? Wir haben bei uns zum Glück den MDR, der relativ gut aufgestellt ist. Dort gibt es solche Dinge



nicht, das ist mir zumindest nicht bekannt. Auch das mit den Dienstwagennutzungen usw., da sind die Skandale nicht so oder im Verhältnis anders zu betrachten, als das beim RBB war.

Die zweite Frage: Wie beurteilen Sie die Erkenntnis aus dem NDR, dass die Journalisten oder Redakteure die fehlende Meinungsfreiheit im Hause kritisieren? Mich würde interessieren, wie Sie als ARD-Vorsitzender das bewerten.

Drittens: Was sagen Sie zu der Studie aus Bielefeld, die besagt das ca. 70 % der Jugendlichen den Medien misstrauen?

Und viertens eine Frage zu einem Punkt, der mich auch interessieren würde: Wie ist es denn jetzt bei den Öffentlich-Rechtlichen mit der gendergerechten Sprache? Ist es tatsächlich so, dass es Anweisungen für die Moderatoren und die Journalisten gibt, diese Sprache anzuwenden? Oder ist das nicht so? Wenn das nicht so ist, wie erklären Sie sich dann, dass es einzelne Journalisten und Vertreter gibt, die sagen, dass aus den Häusern heraus Druck aufgebaut wird, diese Sprache zu verwenden? - Das wären erst einmal die Fragen an den ARD-Vorsitzenden. Ich hätte dann noch weitere.

Der **Vorsitzende der ARD**: Die erste Frage war - ich hoffe, ich habe sie richtig verstanden -, wie Reformen konkret stattfinden sollen. Innerhalb unserer Leitplanken, innerhalb des Gestaltungsspielraums, den wir haben, tun wir jetzt zügig das, was wir können. Wir haben im September eine Sitzung und parallel dazu tagen am selben Ort auch die Gremienvorsitzenden. Wir werden dann am Nachmittag des zweiten Tages zur Hauptversammlung zusammenkommen und alles miteinander diskutieren, auch das zu den Gremien natürlich. Die hatten das schon selbst öffentlich hinterlegt, auch den Parlamenten hinterlegt, dass sie im Staatsvertragsentwurf die Gremien gern gestärkt haben möchten. Sie haben meiner Kenntnis nach auch eine Stellungnahme zu dem Medienänderungsstaatsvertrag abgegeben. Und wir haben ganz klar gesagt: Wir begrüßen eine Stärkung der Gremien.

Ich glaube, sicherzustellen, dass ein Skandal oder Verfehlungen nirgendwo mehr passieren, ist genauso unmöglich wie sicherzustellen, dass nirgendwo in der Gesellschaft mehr Kriminalität stattfindet. Das Ziel kann also nur sein, dass man es möglichst verhindert, dass es ggf. herauskommt und dass es durch Regeln geahndet wird.

Regeln sind aber übrigens auch nicht alles. Wir beim WDR haben z. B. sehr enge Vorgaben, wir nennen das Aufgriffsschwellen. Ich muss zwar nicht bei jedem Bleistift, aber doch schon bei sehr begrenzten Programmvorhaben oder Investitionen sofort meinen Verwaltungsrat befragen, auch den Rundfunkrat. Wir sind, glaube ich, einer mit den niedrigsten Aufgriffsschwellen. Man muss also sehr viel dorthin laufen. Das ZDF z. B. hat, soweit ich weiß, gar keine Aufgriffsschwellen, und trotzdem ist es vorbildlich; jedenfalls hat Herr Robra das in mehreren öffentlichen Äußerungen so gesagt. Das heißt, es kommt auch auf die Kultur an, wie man miteinander umgeht, was man offenlegt und wie man das mit den Aufsichtsgremien bespricht. Es ist sozusagen nicht alles durch Regeln verhinderbar.

Ich habe, als ich in Amerika Korrespondent war, einmal einen Bericht über irgendeinen Skandal bei der amerikanischen Armee gemacht. Dann sagte ein Offizier: Wissen Sie, in einer Organisation mit Zehntausenden oder sogar Hunderttausenden Mitgliedern - in dem Fall Soldatinnen und Soldaten - werden Sie immer wieder auch Regelübertretungen haben. Die Frage ist: Wird es institutionell unter den Teppich gekehrt oder wird es aufgearbeitet? Das ist die Gretchenfrage. Eine Gesellschaft gibt es nicht ohne Regelübertretungen und Skandale kommen immer wieder vor. Jetzt zu sagen, so etwas sei irgendwo unmöglich, wäre, glaube ich, naiv. Das ist weder in einer Gesellschaft noch in irgendeiner Organisation möglich. Es wird auch weiterhin Polizeiskandale geben, dennoch schafft man die Polizei nicht ab.

Ich habe, glaube ich, einigermaßen aufgezehlt, was wir konkret machen: Compliance, Vereinheitlichen der Standards und diese Dinge. Aber die wirkliche Gretchenfrage ist: Wenn Sie eine Änderung des Auftrags wollen, dann muss das in Auftrag und Struktur stattfinden. Sie haben dem Staatsminister in der abgelaufenen Runde wahrscheinlich auch mit auf den Weg gegeben, dass er das dort einbringen kann. Wenn sich 16 Länder einigen, dann ist das natürlich noch schwieriger, als wenn sich neun Rundfunkanstalten einigen. Also habe ich Sympathie und Empathie dafür, dass das nicht so schnell und so weitreichend geht, wie manche sich das vorstellen.

Zu der Frage zum NDR. Ich will mir kein Urteil erlauben über das, was in anderen Sendern passiert. Man hat auch das Gefühl, gerade wird bei jeder ARD-Anstalt mit der Lupe geguckt. Ich will zum NDR nur sagen: Das ist, glaube ich, das Gegenteil von dem, was Ihnen vorschwebt; denn wenn ich es aus der Ferne richtig beobachte, ist es so, dass man dort gesagt hat: Die Redakteure sind der CDU-Regierung gegenüber nicht kritisch genug. So habe ich es jedenfalls herausgelesen. Ich weiß aber nicht, ob ich das richtig verstanden habe. Das wird im NDR jetzt aufgearbeitet. Dafür gilt - auch programmlich - eigentlich genau dasselbe: Sie werden nicht immer die perfekte Welt vorfinden. Es gibt jetzt Behauptungen, Anschuldigungen, und mein Eindruck ist, dass die im NDR jetzt sehr konsequent aufgearbeitet werden. Wenn jemand sein Amt erst einmal ruhen lässt, sich aus dem Verkehr zieht, dann ist das meistens ein Zeichen dafür, dass er Raum gibt für diese Untersuchung und nicht einfach weitermachen will.

Zu dem Verlust von Vertrauen in die Medien. Das ist ein Phänomen, das alle Medien betrifft. Ich glaube, darüber haben wir schon vor zwei Jahren ein bisschen philosophiert. Das betrifft wirklich alles. Es betrifft die Printmedien, es betrifft kommerzielle Anbieter, es betrifft uns als Öffentlich-Rechtliche. Das ist aber auch nicht neu. Die Menschen haben immer ein Grundmisstrauen gegenüber Medien gehabt, weil wir oft die Überbringer schlechter Nachrichten sind. Das ist natürlich nicht angenehm und wird auch nicht als angenehm empfunden. Sie kennen den Spruch: Der Botschafter wird verantwortlich gemacht für die Botschaft. Damit müssen wir, glaube ich, leben. Ein Grundmisstrauen, auch uns gegenüber, ist jedoch nicht schlecht; denn das Misstrauen schärft die Wahrnehmung und das Verantwortungsbewusstsein.

Zu dem Thema Gendern. Beim Gendern ist es so: Es gibt nach meiner Kenntnis - ich würde fast so weit gehen zu sagen, ich bin sicher - keine Anweisung zum Gendern, nirgendwo in der ARD. Wie gesagt, ich bin nicht der Chef der ARD; ich bin zurzeit der ARD-Vorsitzende.

Aber ich kann Ihnen sagen, wie es bei uns im WDR ist. Es gibt Sender, die sagen: Wir haben keine Anweisung; die Leute machen das mehr oder weniger so, wie sie es für richtig halten. Einige solche Äußerungen gab es im Fernsehrat oder anderswo. Bei uns im WDR ist das etwas strenger. Ich kann Ihnen sagen, dass wir das in der Schriftform benutzen, aber im Programm, im gesprochenen Wort, sei es im Hörfunk, sei es im Fernsehen, ist es so, dass darauf verzichtet werden soll, außer in bestimmten Redaktionen. Es gibt Jugendwellen, das wissen Sie, es gibt Milieus und Jugendliche, da ist das anders, die erwarten das, für die ist das irgendwie ein Statement, das in ihrer Community sozusagen erwartet wird. In diesem begrenzten Raum ist es erlaubt, aber im breiten Programm soll es nicht sein. Das ist jedenfalls beim WDR die Ansage.

Was ich persönlich darüber denke, kann ich Ihnen später auch noch sagen. Aber so haben wir es jedenfalls bei uns gefasst. Das ist also etwas enger. Gibt es auch da manchmal etwas, das durchschlüpft, weil ein Moderator, eine Moderatorin oder ein Reporter, eine Reporterin sich nicht ganz daran hält? - Ja, das gibt es, aber dann gucken wir, dass wir das nachschärfen.

**Abg. Markus Kurze (CDU):** Haben Sie davon gehört, dass vor allem junge Leute das Gendern ablehnen?

Der **Vorsitzende der ARD:** Ja, es gibt da natürlich bestimmte Milieus. Wenn Sie so eine kosmopolitische, hippe Radiowelle haben, da gibt es Milieus, wo es genau umgekehrt ist. Ich merke auch, welche das benutzen und welche nicht.

Ich sage Ihnen gern, was ich persönlich darüber denke - das sollte man als Intendant eigentlich gar nicht tun; denn man setzt nur den Rahmen, damit die Leute ihre Arbeit machen können. Ich habe, bevor ich Moderator der Tagesthemen wurde, Folgendes gelernt. In Amerika habe ich Seminare, Coachings, Workshops mitgemacht, und dort sagte eine Trainerin in Bezug auf die Kleidung - damals gab es noch kein Gendern oder sprachliche Besonderheiten -: Wir sollten nicht Avantgarde und vornweg sein, wir sollten folgen. Das heißt, wir sollten, wenn auf einmal spitze Kragen wieder modern werden, nicht die Ersten sein, die das tragen; denn das lenkt von der Botschaft ab. Wir wollen, dass die Leute uns zuhören. Es ist viel Arbeit in die Recherche geflossen, in die Aufbereitung von Informationen; ganze Redaktionen haben daran gearbeitet. Wir wollen, dass die Leute zuhören. Alles, was von dieser Botschaft ablenkt, ist schädlich. Es geht nicht darum, zu zeigen: Guck mal, ich bin voll im Trend und weiß, was gerade angesagt ist. Es heißt also: We should follow fashion - wir sollten der Mode folgen, aber nicht vornweg sein.

Das Gleiche gilt für mich auch für die Sprache. Wenn die Sprache sich weiterentwickelt, was sie natürlich ständig tut, dann sollten wir ihr folgen. Aber wir sollten nicht Sprachverände-

rungen befördern, weil wir entschieden haben: Jetzt ist eine neue Sprache angesagt. Das ist meine persönliche Meinung dazu und die sage ich auch vor meinen Leuten und vor Andersdenkenden in den einzelnen Anstalten.

**Abg. Stefan Gebhardt (DIE LINKE):** Ich melde mich jetzt zu dem ersten Komplex und später dann noch einmal für eine zweite Runde, weil ich Fragen zu unterschiedlichen Komplexen stellen möchte.

Erst einmal möchte ich mich bei den Vertreterinnen und Vertretern des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sehr herzlich dafür bedanken, dass Sie heute hier sind und unserem Ausschuss trotz voller Terminkalender offenbar Priorität eingeräumt haben. Das unterscheidet Sie übrigens von dem Staatsminister Herrn Robra, der heute leider nicht anwesend ist und dessen Vorstellungen zur Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks man leider nur aus der Zeitung erfährt. Leider können wir mit ihm darüber nicht im Ausschuss diskutieren.

Dass der Intendant des WDR und Vorsitzende der ARD heute hier ist, freut uns natürlich, aber als Politiker wissen wir auch, dass das mit einer tiefen Krise der ARD zu tun hat. Sie selbst sind sehr offensiv auf die Krise in der ARD, die zentral mit dem RBB zusammenhängt, eingegangen. Zu diesem Zustand habe ich einige Fragen.

Das eine ist: Sie haben - Herr Rausch hat das eben schon angesprochen - letztens eine Intendantenschaltkonferenz gehabt, die nach meinem Kenntnisstand die erste Schaltkonferenz innerhalb der ARD war, bei der eine Rundfunkanstalt bewusst außen vor gelassen wurde. Im Nachhinein wurde dieser Rundfunkanstalt via 20-Uhr-„Tagesschau“ das Ergebnis bekannt gegeben und ihr gegenüber das tiefe Misstrauen ausgesprochen. Ich weiß von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus dem RBB - zu der Führungsetage dort habe ich aktuell keinen Kontakt, aber zu normalen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern --, dass das ein Signal war, das dort nicht gut angekommen ist - ich will es einmal sehr vorsichtig formulieren.

Ich sehe in diesem Agieren zumindest erst einmal keinen nach vorn gerichteten Lösungsansatz. Ich frage Sie deshalb: War das aus Ihrer Sicht notwendig? Würden Sie es rückblickend genau so wieder machen? Wie ist denn überhaupt innerhalb der ARD aktuell die Kommunikation zu einem sehr krisengeschüttelten Sender? Sie selbst haben in einem Interview davon gesprochen, dass man aufpassen muss, dass es nicht Auflösungserscheinungen gibt. Wenn ein ARD-Vorsitzender das Wort Auflösungserscheinungen für eine seiner Anstalten in den Mund nimmt, dann weiß man: Da brennt die Hütte gerade lichterloh.

Wir haben einen Vorgang beim RBB, der ziemlich zentral in der Öffentlichkeit stand, und das ist das Bonussystem, ein Bonussystem, von dem nicht die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, nicht die Journalisten profitiert haben, sondern durchweg die Führungsetage, und zwar so, wie ich gelesen habe, dass man sich für die Abschaffung von Programmen - also Einsparziele erwirtschaftet und Sendungen abgeschafft - eine Prämie hat zahlen lassen. Ich sage das jetzt einmal sehr lax. Im Nachhinein hat man in der Öffentlichkeit verfolgen können, dass die ARD

sich von diesem Bonussystem distanziert hat und dass sie angeblich auch keine Kenntnis von dem Umfang dieses Bonussystems hatte.

Dazu meine erste Frage: Gibt es in anderen Häusern ein Bonussystem, das ähnlich gestrickt ist, wie das beim RBB gestrickt war? Jetzt ist es ja abgeschafft.

Die zweite Frage dazu: Hat die ARD von diesem System tatsächlich gar nichts gewusst? Nach meinem Kenntnisstand lag in der Personalabteilung der ARD zumindest der Vorgang vollständig vor.

Diesbezüglich auch noch eine Frage zu den KEF-Anmeldungen. Nach meinem Kenntnisstand machen die ARD-Anstalten für sich keine separate Anmeldung bei der KEF, sondern es gibt eine gebündelte Anmeldung der ARD insgesamt. Das heißt für mich, dass die ARD auch dieses Bonussystem - denn das ist ja finanzrelevant - mit einpreisen musste bei den Anmeldungen bei der KEF. Das heißt für mich im Umkehrschluss, dass die ARD gar nicht anders konnte. Wenn dieses System durch die Beitragszahlerinnen und Beitragszahler finanziert werden soll, muss es sich natürlich auch irgendwie in der Anmeldung bei der KEF widerspiegeln.

Deswegen jetzt die zwei Fragen, auch an die KEF selbst: Hat die KEF in den Anmeldungen etwas von diesem Personalkostenaufwuchs, den das unter dem Strich mit sich bringt, gewusst? Wie hat sie es bewertet? Wie ist die ARD damit umgegangen? Wurde dieses Bonussystem in der Vergangenheit irgendwann einmal vom RBB in einer Runde thematisiert, vorgestellt, untersetzt? Wie ist diesbezüglich die Kommunikation in der ARD gewesen und wie verhält sich das mit der Anmeldung, was den Finanzbedarf betrifft? - Das ist erst einmal die eine Sache, zu der ich fragen wollte. Dann melde ich mich noch einmal.

Der **Vorsitzende der ARD**: Sie legen da den Finger in die Wunde, allerdings versuchen Sie ein bisschen, die ARD in Mithaftung zu nehmen für etwas, das ein großer Teil des RBB oder der RBB-Skandale ist. Deshalb fange ich damit an, und das erklärt auch den Vertrauensentzug, den wir dann in der ARD beschlossen hatten.

Erst einmal: Gibt es woanders ein Bonussystem in der ARD? - Dazu kann ich sagen: nein. Das war die erste Sache, die wir sofort abgeglichen haben, um sprechfähig zu sein. Das gibt es so nicht.

Es gab auch keine Kenntnis von dieser Art von Bonussystem, wie es sich dann beim RBB herausgestellt hat. Es gab - das ist die Runde, auf die Sie anspielen, das haben wir hinterher recherchiert - bei einem Treffen der Personalleiter der ARD-Anstalten und des ZDF, gemeinsam, eine Erwähnung, dass Gehaltsbestandteile - es wurde aber nicht von Bonussystem gesprochen - umgewandelt werden in leistungskonditionierte Bestandteile. Das wurde, glaube ich, sogar kritisch diskutiert. Aber das ist etwas anderes als versteckt und intransparent irgendetwas obendrauf zu zahlen.

Bei unseren internen Diskussionen haben wir, nachdem die Skandale alle herausgekommen waren, sogar noch einmal gefragt, was es mit dem Bonussystem auf sich hat. Da wurde auch nur von Gehaltsbestandteilen gesprochen, die eben leistungsabhängig waren, aber nicht von Bonus, der sozusagen obendrauf kommt, und schon gar nicht versteckt. Das hat dazu geführt, dass wir sagen: Wir kriegen nicht die Informationen. Denn am nächsten Tag oder manchmal nachmittags war etwas anderes in der Presse.

Wie soll man das denn jetzt nennen? Leistungsabhängige Dadada oder leistungsabhängiges Irgendwas oder Bonus? Wenn versteckt irgendetwas obendrauf gezahlt wird, dann ist das ein Bonus und dann muss man das auch so nennen, und dann ist das auch ein verdeckter Bonus, der eben nicht transparent ist. Das war einer der Kernpunkte, bei dem wir gesagt haben: Das geht so nicht weiter. Wir haben darüber dann intern beraten. Das war quasi die Frustration über mangelnde interne Transparenz innerhalb der ARD.

Sie haben gefragt: Würden Sie das wieder tun? Und: Wie gehen wir jetzt damit um? - Es betraf sozusagen im Kern diesen Punkt, aber auch andere Punkte, bei denen wir das Gefühl hatten: Wir erfahren aus der Presse mehr, als wir in unseren internen Sitzungen erfahren. Dann mussten wir das aussprechen und haben das auch alle miteinander so festgehalten und beschlossen. Ich war dazu mandatiert.

Ich kann Ihnen aber auch sagen, dass ich von Anfang an gesagt habe: Das heißt nicht, dass die Mitgliedschaft des RBB in der ARD infrage gestellt ist. Wir hatten seitdem auch mit dem jetzt geschäftsführenden Intendanten oder Geschäftsleitungsleiter - das ist der Dienstälteste - schon wieder eine Beratung, sogar eine Präsenzberatung, und da gab es überhaupt keine Teile, bei denen er nicht anwesend war. Das heißt also, der RBB nimmt an den Beratungen teil, aber wir behalten uns vor, je nach Entwicklung der Lage - die ist ja volatil, man weiß noch immer nicht genau, in welche Richtung sich das weiterentwickelt -, dass wir vielleicht hier und da auch das Bedürfnis haben, zu acht zu konferieren. Aber das war schon nach dem Wechsel in der Geschäftsleitung nicht mehr der Fall.

Zur KEF-Anmeldung. Es werden von unserer Seite keine Einzelgehälter angemeldet - das kann vonseiten der KEF gleich erläutert werden -, es werden Steigerungsraten des gesamten Personalaufwandes gemeldet, und das wird dann von der KEF geprüft. Dem will ich jetzt aber nicht vorgreifen.

**Abg. Stefan Gebhardt (DIE LINKE):** Zwei kurze Nachfragen. Sie haben gesagt, so ein Bonussystem gibt es so in den anderen Anstalten nicht, also so, wie es beim RBB war. Aber die Frage lautete: Gibt es Bonussysteme in anderen öffentlich-rechtlichen Anstalten? Nicht so wie beim RBB, aber anders gelagerte Bonussysteme?

Die zweite Frage: Aus den Anmeldungen, die der RBB für seinen Finanzbedarf bei der ARD abgegeben hat, welche dann die ARD gebündelt an die KEF weitergegeben hat - ich gehe davon aus, dass die Anmeldungen dann auch noch einmal geprüft und miteinander beraten

werden -, war ein solches Bonussystem, ein solcher Aufschlag für Leistungsvergütung nicht ersichtlich?

Der **Vorsitzende der ARD**: Zur ersten Frage: Es gibt kein System, es gibt auch kein andersgeartetes Bonussystem. Das gibt es nirgendwo, das haben wir abgefragt.

Übrigens noch als Präzisierung zu Ihrer ersten Frage: Davon sind auch die Journalisten nicht ausgenommen. Das ist für AT-Kräfte gewesen, für außertarifliche Kräfte. Ich gehe davon aus - ohne dass ich jetzt die AT-Struktur beim RBB kenne -, dass auch leitende Journalisten, die wegen ihrer Leitungsfunktion außertarifliche Verträge hatten, an dem Bonussystem partizipiert haben. Davon gehe ich jedenfalls aus.

Aber wie gesagt: Ich bin nicht die Aufsicht und auch die ARD als Kollektiv ist nicht die Aufsicht des RBB. Wir prüfen nicht die Haushalte oder die Angaben des RBB, sondern der RBB macht bestimmte Angaben, die werden gesammelt. Wir sind auch nicht der Rechnungshof des RBB. Ich kann verstehen, dass Sie das gern ausweiten und die ganze ARD in Mithaftung nehmen wollen oder die KEF gleich mit, aber das ist nicht so. Die Welt ist da anders. Es ist kein Konzern, wo Sie sagen, der CFO, der für die Finanzen Zuständige, greift durch in alle Abteilungen und lässt sich das genau vorlegen.

Wir melden nicht einzelne Bestandteile an. Was genau der RBB abgegeben hat, das weiß ich nicht. Aber auf jeden Fall werden nicht einzelne Gehaltsbestandteile und Einzelgehälter bei der KEF angemeldet, sondern es gibt Steigerungsraten. In der Regel orientiert sich die KEF auch, egal wie die Tarifabschlüsse waren, an den Steigerungsraten im öffentlichen Dienst als Maßstab. Das heißt nicht, dass sie nicht davon abweichen kann.

Das **Mitglied der KEF**: Ich kann, glaube ich, nur einen Teil der Frage des Abg. Gebhardt erhellten. Meine feste Überzeugung ist: Über die Anmeldung können Sie das nicht identifizieren. Das Anmeldeverfahren ist tatsächlich so, wie Sie es beschrieben haben, dass die ARD sozusagen gebündelt anmeldet, nach einzelnen Aufwands- und Ertragsarten, dass wir uns diese großen Blöcke anschauen, dass wir dann - da gab es dieses Vergütungsgutachten - insbesondere beim Personalaufwand auch einen Blick darauf haben, inwieweit das Steigerungsraten sind, die mit dem öffentlichen Dienst vergleichbar sind. Aber es würde das Verfahren überfordern, wenn wir quasi anstaltsspezifisch auch in die einzelnen Vergütungsstrukturen hineingehen. Das findet nicht statt und das ist auch nicht vorgesehen, was gut so ist.

Aber man darf auch nicht vergessen: Nach meiner Kenntnis ist die Festlegung der Intendantengehälter Sache der Verwaltungsräte. Das ist von der Sache her sogar gesetzlich normiert. Ich kann Ihre Frage, ob die ARD das nicht gewusst hat, also nicht beantworten. Ich kann Ihnen aber sagen: Über die Anmeldung war das mit Sicherheit nicht herauszubekommen. Ich will das Beispiel aufgreifen, das ich vorhin in Bezug auf den Bereich der Digitalisierung genannt habe. Nicht jeder Aufwand und jedes kleine Projekt wird von den Anstalten angemeldet. Wir haben - ich sage es einmal so - Bagatellgrenzen und bestimmte Größen, wo tatsäch-

lich nur eine, wenn Sie so wollen, Plausibilitäts- und cursorische Prüfung passiert. Aber wenn Sie 40 Milliarden € in vier Jahren zur Verfügung haben, haben Sie natürlich auch Spielräume bei den einzelnen Aufwandsarten, um da auch Verschiebungen vorzunehmen.

Jetzt komme ich noch einmal zu den 18 Millionen € für einen Beitrags-Cent. Ich will gern wiederholen, was ich bei einer anderen Anhörung gesagt habe: Selbst wenn Sie alle Intendanten abschaffen und keinen neuen einstellen, sondern das so lassen, dann ändert sich der Rundfunkbeitrag um keinen Cent, weil das sozusagen unterhalb der Schwelle liegt, die auch für eine Beitragserhöhung relevant wäre. Das heißt allerdings nicht, dass die Diskussion nicht durchaus gerechtfertigt ist. Aber die Beitragsrelevanz ist tatsächlich homöopathisch.

**Abg. Guido Kosmehl (FDP):** Ich würde auf die Darlegungen des ARD-Vorsitzenden zunächst mit einer Frage reagieren. Sie haben dargestellt, dass die restlichen Landesrundfunkanstalten angeboten haben, dem RBB zu helfen, wenn denn eine neue Führung installiert ist und dann eine Anforderung kommt. Ich würde Sie bitten, das zu konkretisieren. In welchen Bereichen würden Sie denn helfen wollen?

Das Zweite ist: Die Gremienarbeit oder die Aufsicht ist das eine; das andere ist die Rechtsaufsicht, und die müssen sich die Staatskanzleien stärker anheften. Meine Frage ist: Wie können wir die Gremien, ob das Verwaltungsräte oder Rundfunkräte sind, entsprechend stärken? Der RBB - das ist ja eine Zweiländeranstalt -, hat, soweit ich das mitbekommen habe, noch nicht einmal eine Unterteilung dahin gehend, dass es landesgruppenspezifische Hinweise gibt.

Wie will man denn innerhalb der ARD überprüfen, ob die Gremien in manchen Anstalten gut ausgestattet sind? Wo könnte man als ARD vielleicht eine Idee haben, wie man Gremienbüros vernetzt? Ich meine nicht nur die Frage, ob die GVK sich trifft und sich austauscht, sondern: Gibt es konkrete Überlegungen dazu, wie man darauf eingehen kann? Ich glaube, neben der Frage, ob Einzelne im Sender, also Führungskräfte des RBB, versagt haben, müssen wir erst einmal zur Kenntnis nehmen, dass offensichtlich auch die Gremien ihren Aufgaben, die sie schon jetzt haben und die sie demnächst verstärkt haben werden, nicht nachgekommen sind.

Dann würde ich noch auf einen Punkt eingehen, den Sie auf eine Frage hin angesprochen haben. Sie haben von Ihren Erkenntnissen gesprochen und davon, dass bei einer großen Personaleinheit, wie z. B. der Armee, Skandale natürlich nicht gänzlich verhindert werden können. Dann stellt sich doch aber die Frage - jetzt komme ich wieder auf die Sender zurück -: Wie gehe ich denn mit solchen Skandalen um? Machen wir nicht viel zu häufig die Erfahrung, dass offenbar gewordene Fehler oder Skandale dann für eine Verallgemeinerung sorgen? Polizeiskandale haben Sie schon angesprochen. Wie schnell ist man dann auch als ARD oder als Landesrundfunkanstalt dabei, zu pauschalisieren? Wie könnte man das vielleicht eher kritisch hinterfragen, sodass man eben genau das macht: aufklären, Bericht erstatten und na-



türlich Konsequenzen ziehen, aber eben nicht alle pauschal unter einen Generalverdacht stellen?

Der **Vorsitzende der ARD**: Das sind wichtige Punkte. Punkt 1 - Hilfsangebot konkret. Wenn es beim RBB eine neue Interimsführung gibt, also einen Feuerwehrmann, eine Feuerwehrfrau, dann kann man sich vorstellen, dass diese Person sagt: Ich brauche fachliche Hilfe oder - wenn es z. B. jemand mit journalistischem Hintergrund, mit Programmhintergrund ist, wird er das wahrscheinlich sagen: - ich brauche Hilfe im Bereich Verwaltung, Aufklärung, juristische Kompetenz etc.

Wir haben natürlich sowohl die Möglichkeit, Persönlichkeiten aus einzelnen Landesrundfunkanstalten, die prägend waren in der ARD und jetzt im Ruhestand sind, zu reaktivieren. Ich kann Ihnen auch sagen: Es gibt etliche Signale, dass sie bereit sind, im Team - nicht in der Leitung, aber im Team - Hilfestellung zu geben, ohne eigene Ambitionen, danach irgendwie beim RBB weiterzuarbeiten. Signale gibt es aber auch aus dem aktiven Dienst. Das habe ich der GVK auch gesagt. Ich bin der Meinung, dass wir dann offen sein sollten. Selbst wenn wir Menschen bei uns freistellen müssten, sollten wir, wenn ein Hilfesuch kommt, darüber nachdenken. Es ist natürlich immer schwierig, eine Zeit lang auf jemanden zu verzichten, aber hier besteht wirklich Not. Wenn also ein Hilfesuch kommt, werden wir das sehr konstruktiv prüfen.

Wie kann man die Gremien stärken? - Ich habe in meiner Stellungnahme eben die grundsätzlichen Dinge angesprochen, die wir als Gemeinschaft tun können. Wenn sich kleine Anstalten z. B. keine eigenen Experten leisten können, könnte man für einen Expertenpool bestimmte externe Gutachter identifizieren, die immer wieder gebraucht werden, Experten zu verschiedensten Bereichen, damit nicht jede Anstalt bei jedem Thema, das sie bearbeitet, in der Aufsicht erneut auf die Suche gehen muss. Und man könnte - ich will jetzt nicht vorgreifen - regeln, wie sie finanziert oder unterstützt werden, sodass eine kleine Anstalt sich das auch leisten kann. Darüber müssen wir gemeinsam mit unseren Gremien nachdenken.

Es gibt auch Anstalten, die sagen: Wir haben kein großes Problem; wir haben eine kleine Geschäftsstelle - die gibt es auch - und kommen trotzdem gut klar, wir wühlen uns durch Hunderte Seiten von Vorlagen. Das mag durchaus sein. Da kann man den einzelnen Anstalten nicht hineinreden.

Jetzt komme ich zu dem wichtigen Punkt, den Sie genannt haben, nämlich: Wie arbeiten die einzelnen Gremien? Ich wollte jetzt nicht mit dem Finger von der Operative weg zeigen, aber das ist zum Teil auch das Problem gewesen, und zwar ein massives Problem bei diesen Ereignissen, über die wir in Berlin diskutieren. Es gibt sozusagen eine öffentliche Beschreibung davon, wie das war, von Mitgliedern des Verwaltungsrates: Es wurde offenbar über Vorlagen abgestimmt, ohne dass diese schriftlich vorlagen. Das kann man sich so vorstellen - ich weiß nicht genau, wie es war -, dass der Vorsitzende sagt: Ich habe einen Vertrag abgeschlossen

mit XY zu üblichen Konditionen - Ende. Vielleicht hat er auch noch eine Zahl genannt, vielleicht auch nicht, das weiß ich nicht.

Aber ich kann Ihnen sagen, bei anderen Anstalten ist das so: Da wird eine schriftliche Vorlage gemacht - schriftlich -, über die wird diskutiert. Dazu kommen vor der Sitzung vielleicht noch Fragen, zu denen man noch einmal recherchiert, aus den verschiedenen Bereichen etwas zusammenholt, die also beantwortet werden, und in der Sitzung gibt es dann eine Diskussion über die verschiedenen Aspekte. Es kann dann sogar sein, dass man eine Extrarunde dreht, weil jemand sagt: Das ist noch nicht zustimmungsfähig, ich habe noch zusätzliche Fragen. Das ist also der Normalfall. Zumindest muss das Kollektiv, das Gremium insgesamt, das entscheidet, das die Hand heben muss, auch alle Informationen haben, die der Vorsitzende oder die Vorsitzende hat.

Damit legen Sie den Finger in eine Wunde; denn die Aufsichtskompetenz muss dann auch wahrgenommen werden, der Spielraum muss dann auch genutzt werden.

Zu dem letzten Punkt, den Pauschalisierungsgeschichten. Dazu sage ich: Jetzt erleben die Medien - ich sage das jetzt einmal so pauschal - gewissermaßen, dass sie die bittere Medizin nehmen müssen, die sie anderen immer schon verabreicht haben. Man sagt auf der einen Seite: Kritisch berichten ist gut, wenn es um die Politiker oder die Regierung oder diese oder jene Partei geht, und dann wird pauschalisiert. Das erleben wir jetzt selbst. Wir erleben es als ARD, wir erleben es auch als öffentlich-rechtlicher Rundfunk insgesamt, dass da eine Art von Pauschalisierung stattfindet. Ich hoffe, das macht uns ein Stück weit nachdenklicher in unserer täglichen Arbeit. Das schafft ja manchmal solche Erfahrungen für den Alltag.

**Abg. Wulf Gallert (DIE LINKE):** Mir ist sowohl bei dem Vorsitzenden der ARD als auch bei der Intendantin des MDR immer wieder eine Formulierung aufgefallen: dass als Effizienznachweis für Einsparwege, die man gegangen ist, die Reduzierung der Planstellen in den Mittelpunkt gestellt worden ist. Ich kenne solche Debatten auch in anderen Kontexten von öffentlichen Haushalten. Die alleinige Fixierung auf Planstellen oder Haushaltsstellen ist ein beliebter Weg zur Kunst des Selbstbetruges. Wir haben daneben noch verschiedene Varianten: Wir haben freie Mitarbeiter, wir haben feste freie Mitarbeiter - ich bin kein absoluter Fachmann dafür.

Wenn Sie solche Berechnungen machen, würde mich interessieren: Haben sich die Verhältnisse zwischen den sogenannten Planstellen und diesen anderen Formen der Beschäftigung bei Ihren Anstalten in der letzten Zeit verändert? Oder ist der prozentuale Anteil der Kosten, die Sie an der Stelle für Personal ausgeben, in etwa gleich geblieben? Das wird von der ARD jetzt sicherlich schwer zu beantworten sein; denn der Vorsitzende wird das nicht dezidiert für jede einzelne Anstalt wissen. Aber die Intendantin des MDR wird sicherlich darstellen können, wie sich diese Dinge beim MDR entwickelt haben.

Ich frage auch deswegen dezidiert danach, weil wir bei den öffentlichen Haushalten häufig die Erfahrung gemacht haben, dass die zwanghafte Reduzierung von Personalstellen letztlich zu Meidbewegungen führt, die die öffentlichen Haushalte am Ende teurer zu stehen kommen, Outsourcing und alle möglichen Geschichten. Die muss man dann wieder hineinholen, dann muss man wieder kontrollieren usw. Deswegen hätte ich gern einen Einblick, wie die Dinge sich entwickelt haben.

**Der Vorsitzende der ARD:** Das kann ich gern tun, weil ich damit eben auch als WDR-Intendant direkt von Anfang an Erfahrungen gemacht habe. In den letzten fünf Jahren, also bis einschließlich 2020 - dann sind überlappend noch die letzten Stellen im Jahr 2021 abgebaut worden -, haben wir - das haben wir im Jahr 2014 beschlossen und ab dem Jahr 2015 implementiert - 500 Planstellen abgebaut. Das ist eine enorme Summe, das hat es in dieser Masse im WDR auch noch nicht gegeben. Ich sage Ihnen gleich, warum. Ich kann Ihnen aber versichern, dass auch die Arbeitnehmerperspektive bei solchen Dingen natürlich eine Riesenrolle spielt.

Erst einmal zu dem Aspekt der Verdrängung. Eine der Fragen, die der Verwaltungsrat, der das begleitet hat - er musste es ja unterstützen - gestellt hat, war: Wie ist denn sichergestellt, dass es nicht zur Verdrängung kommt? Das sind Reflexe, wie sie häufig passieren. Dann wird die Arbeit eben außerhalb eingekauft oder freie Mitarbeit wächst an. Wir haben das ohne so etwas hinbekommen, was aber sehr schmerzhaft und schwierig war, das kann ich sagen. Das spielt bis heute eine große Rolle - Stichwort Arbeitsverdichtung und anderes.

Warum haben wir den Planstellenabbau betrieben? - In den Jahren davor, auch bevor ich Intendant wurde, wurden dadurch, dass der Bedarf - jedenfalls nach unserer Bedarfsanmeldung - als nicht gedeckt betrachtet wurde, Einsparungen so vorgenommen, dass man die beweglichen Mittel heranzieht. Das haben Sie in fast jedem öffentlichen Apparat, ob das eine Stadt ist - ein Stadtkämmerer hat das Problem -, ob das ein Land ist. Das kennen Sie alle wahrscheinlich sogar aus anderen Ausschüssen. Die beweglichen Mittel sind relativ gering oder sie sind begrenzt. Sie haben gebundene Kosten und dann haben Sie bewegliche Kosten. Bei uns sind die beweglichen Kosten Investitionen und Programm.

Das hat dazu geführt, dass dann der Planstellenabbau, der auch von der KEF schon lange gefordert und erwartet wurde, so stattgefunden hat, dass man gesagt hat: Okay, wenn eine Direktion nicht in der Lage ist, Personal abzubauen, dann muss sie, weil uns das ja gekürzt wird, sozusagen einen entsprechenden Obolus entrichten, eine Einsparung im Haushalt vornehmen. Das hat wiederum dazu geführt, dass scheinbarweise Mittel aus dem Programm genommen wurden, was zu großem Frust geführt hat. Es kam zu einer Verringerung der Drehtage, weniger Leistungen hier und da, Wiederholungen - alles Mögliche.

Mir wurde klar - das haben die Geschäftsleitung und unsere Experten auch so gesehen -: Du musst die strukturellen Kosten anfassen. Diese sind schwieriger abzubauen, deshalb geht

man immer kurzfristig an die beweglichen. Aber es war die einzige Möglichkeit, wirklich seriös das zu tun, was übrigens auch von der Öffentlichkeit erwartet wurde. Es gibt Teile der Öffentlichkeit, die erwarten, dass man wie ein Beschäftigungsprogramm agiert, möglichst viele Leute beschäftigt, und es gibt andere Teile der Bevölkerung, die sagen: Ihr seid zu groß, ihr müsst kleiner werden, ihr müsst schrumpfen. So haben wir das gemacht.

Ich habe dann gesagt: Wir verteilen es so, dass im Programm prozentual die wenigsten Planstellen abgebaut werden. Das waren, glaube ich, etwa 8 %. In der Produktion und der Technik waren es ungefähr 12,x % und in der Verwaltung 13,x %. Man sagt ja immer, die Verwaltungen seien zu groß; dort wurde also prozentual am meisten abgebaut. Das war ein längerer Prozess. Ich kann Ihnen sagen, dass der Verwaltungsrat genau darauf geschaut hat, ob es Verdrängungseffekte gab. Diese Frage hat er von Anfang an gestellt.

Das, was Sie gesagt haben, bewegt sich in dem Spannungsfeld der Erwartungen. Auch hier im Hohen Haus sagen einige: Ihr seid zu groß, werdet kleiner. Andere sagen: Was ist mit den armen Beschäftigten? Die verlieren dann ihre Arbeit oder es gibt weniger Planstellen. - In diesem Spannungsfeld - das gibt es in unseren Aufsichtsgremien auch - arbeiten wir Intendantinnen und Intendanten. Ich will jetzt kein Mitleid erwecken. Das sind einfach die verschiedenen Erwartungen in der Gesellschaft und in unseren Aufsichtsgremien. Je nachdem wen Sie fragen, die Gewerkschaften oder die Arbeitgeber oder bestimmte Parteien, werden Sie unterschiedliche Antworten bekommen. In diesem Spagat müssen wir versuchen, reformbereit in die Zukunft zu gehen.

Ich will das, was ich am Anfang gesagt habe und was wir angerissen haben, jetzt einmal auf eine noch höhere Ebene heben. Stellen Sie sich das einmal bei einer richtig großen Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks vor. Das ist dann nur möglich, wenn man auch zusammensteht und das mit vertritt. Es ist eine Sache zu sagen: Ihr müsst schrumpfen. Aber wenn dann Arbeitsplätze wegfallen, wenn freie Mitarbeiter sagen: „Ich habe keine Beschäftigung mehr, weil eine Sendung eingestellt wurde“ oder weil Unterhaltung nicht mehr gemacht werden soll oder anderes - ich nenne das immer: die großen Fragen -, dann verlieren Menschen, ob nun Produktionsfirmen oder einzelne Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, ein Auftragsgebiet, das sie bisher bedient haben.

Nun ist es nicht unser Existenzgrund, Beschäftigungsprogramme aufzulegen und Standortpolitik zu machen, aber das muss man dann zusammen durchstehen. Deshalb wehre ich mich immer etwas gegen Dinge wie: Ihr müsst kleiner werden! Oder: Wofür macht ihr eigentlich Unterhaltung? Dann sind wir allein; dann heißt es: Ihr Intendantinnen und Intendanten müsst das entscheiden. - Das dürfen wir gar nicht. Aber wenn wir dann so etwas entschieden haben, stehen wir allein da, und dann heißt es: Warum sind hier Arbeitsplätze weggefallen - und warum womöglich gerade in meinem Bundesland? Das ist eine Erwartung, die uns überfordert, das muss ich sagen. Das ist eine politische Entscheidung.

Ich kann nur signalisieren: Wir sind gesprächsbereit, wir sind reformbereit, aber die Konsequenzen sind etwas, das dann gemeinsam, auch politisch, durchgestanden werden muss, und das - entschuldigen Sie, wenn ich das so deutlich sage - auch gehoben auf die Grundsatfrage.

Die **Intendantin des MDR**: Herr Gallert hat auch mich angesprochen. Ich habe eben kurz zu dem ARD-Vorsitzenden geschaut, ob er vielleicht schon für mich mitgesprochen hat; dann würde ich noch etwas zum MDR sagen. - Nein, das hat er nicht.

Die Grundfrage, die Sie jetzt zu Recht aufwerfen, ist: Haben Sie eigentlich eine Gesamtkostenbetrachtung im Blick, wenn es um das Personal geht, wenn Sie jetzt nur von diesen festen Stellen sprechen? Die Problematik der festen Stellen ergibt sich zunächst einmal daraus, dass die KEF über alle Häuser hinweg ganz klar eine Abbaquote von 0,5 % vorgegeben hat. Das ist zuzusagen die KEF-Wirtschaftlichkeitsvorgabe für feste Planstellen. Diese 0,5 % entsprechen beim Mitteldeutschen Rundfunk, umgerechnet auf den Zeitraum bis 2024, von dem ich gesprochen habe, summa summarum 40 Planstellen. Das heißt, der Mitteldeutsche Rundfunk muss qua KEF-Vorgabe 40 Planstellen in diesem Zeitraum abbauen. Das ist jedenfalls unser Verständnis von der KEF-Vorgabe.

Darüber hinaus war Ihre Fragestellung: Verkleistert ihr euch da nicht die Augen? Weicht ihr dann nicht in den freien Bereich aus? Diesbezüglich hat die KEF in den letzten Jahren Folgendes gemacht: Wenn wir irgendwelche Dinge in freie Beschäftigungen überführen und anschließend mit einem Bedarf um die Ecke kommen, weil es eigentlich gar keine Festanstellung sein kann, dann hat die KEF dem einen Riegel vorgeschoben. Wir können nicht zurückkommen und sagen: Wir haben jetzt übrigens zusätzlichen Bedarf; denn wir müssen freie Mitarbeiterverhältnisse in Festanstellungen umwandeln. Denn arbeitsrechtlich ist das eine Festanstellung. Solche Dinge gab es in den vergangenen Jahren. Dazu hat die KEF gesagt: Nein, Schluss, aus! Das heißt für uns: Wir müssen mit der Vorgabe umgehen.

Ich habe vorhin in der Tat gesagt, dass wir im Personalbereich über diese 0,5 % hinaus auf eine Einsparsumme von insgesamt 55 Stellen gehen werden, also 15 Stellen mehr abbauen werden. Warum? - Weil wir auch an den Fixkostenblock herangehen müssen, an die strukturellen Kosten. Wir müssen aufpassen, dass wir speziell beim Mitteldeutschen Rundfunk dieses strukturelle Defizit schließen.

Wichtig ist - die Dimension der freien Mitarbeiter ist immer auch eine Frage der programmlichen Bedürfnisse -: Wir müssen darauf achten, dass es tatsächlich freie Verhältnisse sind. Deswegen gibt es bei uns vor jeder Beschäftigung einen Beschäftigungscheck: fest oder frei oder Arbeitnehmerüberlassung? Es gibt natürlich auch einen sozialen Rahmen für die Beschäftigung Freier. Es gibt Tarifverträge, die, wenn wir Tarifabschlüsse haben, gleichermaßen für die freien Mitarbeiter gelten.

Wir haben in der Vergangenheit immer wieder angeregt, dass es unterm Strich klüger wäre, auch auf der KEF-Seite eine Gesamtkostenbetrachtung vorzusehen, Personal fest und frei. Dazu sind wir in der Diskussion mit der KEF aber nicht zusammengekommen. Das ist eine Diskussion, die wir seit Jahren führen, die nicht einfach ist. Aber in der heutigen Zeit - Stichwort: Flexibilisierung, worin wir offensichtlich nicht immer einer Meinung sind - wäre es für uns in der strategischen Steuerung gut, wenn wir beim Personal, also fest und frei, kostenseitig eine Gesamtbetrachtung bekämen.

Das **Mitglied der KEF**: Bei diesem Thema ist für Sie alle, glaube ich, auch die Position der KEF interessant. Bei den Darlegungen des ARD-Vorsitzenden kam der Zungenschlag hinein, dass der Personalabbau - ich verdichte bzw. reduziere die Aussage einmal - zu Kürzungen im Programm führe. Ich will Ihnen eine Zahl aus der Beitragsperiode von 2017 bis 2020 nennen: Damals hat die ARD insgesamt 740 Millionen € weniger ausgegeben, als angemeldet waren. Von diesen 740 Millionen € sind 413 Millionen € auf den Programmaufwand gefallen. Das heißt, es ist Geld für Programmaufwand nicht ausgegeben worden. Die Logik, dass das kausal mit dem Personalabbau zusammenhängt, erschließt sich anhand der Zahlen also nicht.

Es gibt ein zweites Problem - diesbezüglich muss ich die Intendantin des MDR auch in ihrem Interesse korrigieren -: Die Abbauquoten, die auf den MDR entfallen, das ist ein Thema, das die ARD durch ihr System innerhalb der ARD, sozusagen die Verteilung der Vorgaben der KEF, organisiert. Ich darf Ihnen Folgendes sagen: Wir als KEF - daher kommt auch die Forderung, dass man beim Personalaufwand sparen muss - sehen uns alle Anstalten an. Wenn man Relationen bildet - ich sage einmal, Personalausstattung - Sendeminuten, Personalausstattung - Beitragszahler - und einen Median durch alle Anstalten legt, dann stellt man fest, dass einige Anstalten deutlich darüber liegen, während andere Anstalten, insbesondere diejenigen, die relativ spät das Licht der Welt erblickt haben, weit unterhalb des Durchschnitts liegen.

Das aus meiner Sicht logische Problem ist: Wenn man diese Abbauquote auf alle verteilt, dann bauen diejenigen, die sowieso schon wenig haben, weiter ab. Sie sozialisieren - wenn Sie so wollen - die Vorgabe der KEF. In anderen Bereichen, etwa beim Länderfinanzausgleich, macht man das so, dass man sich erst einmal diejenigen vornimmt, die deutlich darüber liegen; und wenn sie sich dem Median angenähert haben, schaut man sich das Ganze noch einmal an.

Mir ist wichtig festzuhalten, dass aus der Sicht der KEF die generelle Vorgabe bezüglich der Personalausstattung absolut nachvollziehbar ist. Das, was daraus folgt, auch an Problemen, die die Intendantin des MDR beschrieben hat, ist ein reines Problem der ARD-internen Binnenverteilung, die im Übrigen, auch wenn wir den Finanzbedarf festgestellt haben, durch die prozentuale Verteilung innerhalb der Anstalten nur eine begrenzte Lenkungswirkung dahin gehend hat, dass das, was man an Geld bekommt, auch mit dem tatsächlichen Aufwand übereinstimmt.

**Abg. Wulf Gallert (DIE LINKE):** Der Vorsitzende der ARD hat ausführlich auf eine Frage geantwortet, die ich gar nicht gestellt habe. Das Problem, auf das ich hinweisen möchte, ist, dass - damit habe ich leidvolle Erfahrungen bei öffentlichen Haushalten - die alleinige Konzentration des Finanzdrucks auf Personalkosten und insbesondere auf feste Planstellen außerordentlich dysfunktional wirken kann. Wir haben im Land Sachsen-Anhalt Leistungen outgesourct, weil wir Planstellen abgebaut haben, was uns im Nachhinein deutlich teurer kommt, als wenn wir das weiterhin mit eigenen Planstellen gemacht hätten. Aber wir haben eine Berechnungsquote gehabt: pro 1 000 Einwohner nur soundso viele Stellen. Am Ende baut man sich sozusagen einen Haufen Mist zusammen. Ich möchte nur verhindern, dass solche Vorgaben wie der Abbau von 0,5 % dann zu genau solchen Effekten führen.

Wir wissen, dass die öffentlich-rechtlichen Anstalten, was Outsourcing und solche Geschichten anbelangt, wirklich Vorreiter sind. Solche Vorgaben seitens der KEF und auch innerhalb der ARD können zu solchen dysfunktionalen Ergebnissen führen. Nun sagt man: Wir sind ganz super, wir bauen nicht nur 40 Stellen ab, wir bauen gleich 55 Stellen ab. Die Folgekosten bekommen wir dann in drei Jahren zu spüren, wenn irgendwelche Firmen, die das übernommen haben und möglicherweise die Leute eingestellt haben, die vorher bei uns waren, dann pleitegehen oder was auch immer. Das sind doch die üblichen Geschichten.

Ich möchte nur darauf hinweisen, dass solche isolierten Betrachtungen der Personalkosten zu Dysfunktionalitäten führen können. Dem muss man, glaube ich, eher widerstehen. Damit habe ich wirklich über 20 Jahre hinweg die Erfahrung gemacht, dass das in öffentlichen Haushalten falsch war. Das müssen wir in diesem Bereich nicht wiederholen.

**Der Vorsitzende der ARD:** Ich hatte den Eindruck, dass ich genau auf den Punkt geantwortet habe. Die Fehlsteuerung ist ein wichtiger Punkt. Sie setzen natürlich eine Fehlsteuerung in Gang, wenn Sie Planstellen abbauen und stattdessen sozusagen alles am Markt einkaufen. Ich kann für unser Beispiel mit den 500 Planstellen sagen: Das haben wir nicht gehabt. Wir haben das genau gemonitort und verfolgt und können sagen: Da hat es keine erhöhten Anmietquoten gegeben. Das heißt, wir haben das quasi durch Effizienzsteigerung oder Synergien gemacht.

Ich gebe Ihnen auch ein Beispiel - darüber kann man sicherlich immer diskutieren -: Vor 30, 40 Jahren wurden auch alle fiktionalen Dinge weitestgehend von fest angestellten Produktionsmitarbeiterinnen und -mitarbeitern gemacht. Da gab es dann sehr gut bezahlte Kameraleute, die das Künstlerische bei fiktionalen Projekten machten. Mittlerweile finden Sie das nur noch sehr, sehr selten. Das Fiktionale findet durch Aufträge in der Produktionslandschaft statt. Ich glaube, dass sich das auch bewährt hat. Denn nach meiner Erfahrung - ich habe das noch ein bisschen kennengelernt, als ich Mitte der 80er-Jahre beim Rundfunk anfing - konnte es sonst dazu kommen, dass ein sehr gut bezahlter Kameramann, der nur für künstlerisch wertvolle Sachen zuständig war, bis zur nächsten großen Produktion eben nur noch einge-

schränkt tätig war, weil er vielleicht sogar auch eine Beschränkung hatte. Das ist nur ein kleines Beispiel.

Nicht jeder Stellenabbau ist also eine Fehlsteuerung, aber man muss darauf achten. Das war meine Antwort. Dieser Aspekt ist wichtig und darüber wachen die Verwaltungsräte in den jeweiligen Sendern. Ich bin sicher, dass das beim MDR nicht anders ist. Dort wacht man auch streng darüber; denn dort sind auch die verschiedenen Strömungen vertreten.

Ich möchte ein Missverständnis aufklären. Ich wollte überhaupt nicht - das haben Sie missverstanden oder ich habe mich falsch ausgedrückt - den Schwarzen Peter oder die Verantwortung in Richtung der KEF schieben - im Gegenteil. Das, was ich als Erfahrung von uns beim WDR geschildert habe - damit das nicht missverstanden wird -, war: Gerade weil man den Stellenabbau vermeiden wollte, weil er mit Konflikten verbunden ist, hat der fehlende Stellenabbau dazu geführt, dass man bewegliche Mittel aus dem Programm genommen hat. Das hat abgenommen. Meine Erfahrung ist: Das Programm hat mehr Luft und kann mehr machen. Es gibt weniger Kürzungen, weil wir bei den strukturellen Kosten gespart haben. Das wollte ich sagen. Das war genau anders herum gemeint. Ich wollte auf keinen Fall das konterkarieren, was die KEF als ihre Aufgabe sieht.

**Der Verwaltungsdirektor beim MDR:** Ich möchte auf den Hinweis des KEF-Mitglieds zu dem Personalabbau zurückzukommen. Es stimmt, dass die Abbauvorgabe von 0,5 % grundsätzlich für die ganze ARD gilt, genauso wie sie für das ZDF und Deutschlandradio gilt. Die ARD besteht aus neun Landesrundfunkanstalten. Es ist aber auch eine Tatsache, dass dieses Thema in der Arbeitsgruppe 2 der KEF immer sehr stark diskutiert wird.

Wenn eine Rundfunkanstalt diese Abbauverpflichtung für alle anderen komplett übernehmen würde, hätten wir einen Fehler im System. Das würde heißen, dass eine Anstalt mit Personal übermäßig bestückt ist, während andere eher unterausgestattet sind. So ist es nicht. Wir haben keine großen Disproportionalitäten im System. Es kann durchaus einmal vorkommen, dass eine Rundfunkanstalt zwei Stellen, die sie rein rechnerisch abbauen müsste, weniger abbaut; dann findet sich in der Regel eine Anstalt, die dann zwei Stellen mehr abbaut. Aber im Grundsatz gelten diese Proportionalitäten für alle Anstalten. Deswegen sind genau diese zehn Stellen, die die Intendantin für den MDR nannte, sachgerecht ermittelt, und das kriegen wir auch hin.

Gestatten Sie mir noch einen Hinweis zum Programmaufwand. Das ist auch so ein steter Quell der Freude. Ich möchte die Gelegenheit hier im Parlament einmal nutzen, um etwas klarzustellen. Die Aussage zu den 413 Millionen €, die weniger abgerufen worden sind, kann ich so nicht stehen lassen. Das ist eine Zahl, die aus dem KEF-Bericht herausgegriffen wurde. Dieser Zahl stehen Mindererträge in Höhe von mehr als 200 Millionen € gegenüber, die wir in diesem Zeitraum vereinnahmt haben. Irgendwo müssen wir dann doch kürzen. Und wo haben wir gekürzt? - Im Programm gibt es nun einmal die großen variablen Kostenblöcke,



deswegen müssen wir kurzfristig Einschnitte im Programm vornehmen, um diese Mindererträge aufzufangen.

Eine weitere Relation. Das ist eine Zahl, die KEF-seitig alles korrekt abbildet. Aber für Sie einmal zum Hintergrund: Der Programmaufwand, der im KEF-Bericht ermittelt wird, beträgt gerade einmal 45 % der Gesamtaufwendungen - dieser umfasst jedoch nur das fremd eingekaufte Programm. Darin sind nur die Auftragsproduktionen, die Honorare freier Mitarbeiter und erworbene Lizenzen enthalten. Die festen Mitarbeiter, die im Programm arbeiten, insbesondere im Hörfunk, werden dem Personalaufwand zugeordnet. Sie machen aber trotzdem nichts anderes als Programm. Deswegen ermittelt die KEF auch zu Recht eine sogenannte Verwaltungskostenquote; das ist all das, was nicht direkt dem Programm zuzuordnen ist. Das sind - Sie können mich gern korrigieren - ca. 4 % der Gesamtaufwendungen.

**Abg. Tobias Rausch (AfD):** Ich möchte vorwegschicken, dass ich dem ARD-Vorsitzenden ausdrücklich dankbar dafür bin, dass er sehr klar benannt hat, dass natürlich die Landesparlamente diejenigen sind, die den Auftrag festlegen, nach dem sich die Anstalten dann richten. Das heißt, wir müssen eben die Staatsverträge ändern, wenn wir wirklich Einsparungen haben wollen. Oder wir geben nur Lippenbekenntnisse ab und es passiert nichts. Ich bin sehr dankbar dafür, dass das gesagt wurde.

Ich habe eine Frage an die Intendantin des MDR. Sie haben in Ihrer Rede viel von Transparenz gesagt. Nun war der Beratervertrag eines ehemaligen KEF-Mitglieds mit Ihrer Anstalt in aller Munde. Da wir vom Vertrauensverlust im Hinblick auf die Medien generell und Sie viel von Transparenz gesprochen haben, würde ich Sie fragen, wie sich das miteinander verträgt. Wie wollen Sie sicherstellen, dass so etwas zukünftig nicht noch einmal vorkommt? Sie haben damit nicht konkret gegen Gesetze oder Ähnliches verstoßen, sondern es ist einfach ein sehr fragwürdiges Vorgehen, wenn jemand als Berater für eine Anstalt tätig wird, der vorher in einer Kommission war, die den Finanzbedarf für genau diese Anstalt ermittelt hat. Wie wollen Sie so etwas zukünftig ausschließen?

Die **Intendantin des MDR:** Ich fange einmal mit dem Transparenzthema an, weil mir das wichtig ist. Es gab keine versteckten Verträge, sondern die Verträge wurden bei einer Rechnungsprüfung, die ganz normal zum Vertragsmanagement und zum internen Kontrollsystem beim Mitteldeutschen Rundfunk stattfand, gezogen. Es waren sozusagen Verträge, die man sich dort mit angeschaut hat, die ganz normal zur Verfügung standen. Insofern gab es da keine verdeckten Dinge, die bei dem Vorgang entstanden, sondern sie waren da und jeder mann zugänglich.

Sie gehen auch davon aus - so habe ich es verstanden -, dass nicht gegen rechtliche Normen verstoßen wurde. Das habe ich Ihren einführenden Worten entnommen. Wir haben diesen Sachverhalt in der Tat noch einmal überprüft. Der Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag ent-

hält eine Regelung, wonach KEF-Mitglieder in bestimmten Fällen tatsächlich eine Rolle spielen könnten, also auch für ARD, ZDF, Deutschlandradio tätig sein können.

Dass dabei zwei Themen eine große Rolle spielen, dass die Unabhängigkeit der KEF gewährleistet sein muss und dass sichergestellt sein muss, dass es keinerlei Interessenkollision gibt, darüber haben wir auch in den Gremien des Mitteldeutschen Rundfunks sehr intensiv diskutiert. Wir waren im Verwaltungsrat, wir waren im Rundfunkrat. Der Verwaltungsrat hat das Ergebnis seiner Prüfungen auch auf den Internetseiten des MDR veröffentlicht. Es sind noch Empfehlungen an den Mitteldeutschen Rundfunk ausgesprochen worden, was die Vertragsgestaltung und solche Dinge anbelangt, dass sofortige Transparenz herzustellen ist, wenn solche Dinge in der Öffentlichkeit diskutiert werden, dass unser Lenkungskreis Compliance auch den Verwaltungsrat informiert, sodass wir gemeinsam über die Dinge diskutieren.

Was die andere Seite, die KEF-Seite, anbelangt, haben wir gelernt, dass aufseiten der KEF offensichtlich eine Regelung eingeführt wird, nach der für Nebentätigkeiten von KEF-Mitgliedern eine Anzeigepflicht besteht, sodass man solche Interessenkollisionen künftig frühzeitig ausschließen kann.

**Abg. Dorothea Frederking (GRÜNE):** Ich habe zwei Fragen, einmal an den Vorsitzenden der ARD und einmal an die Staatskanzlei. Der ARD-Vorsitzende ist gerade nicht im Raum, also beginne ich mit der Frage an die Staatskanzlei. Da Minister Herr Robra heute nicht anwesend ist, hoffe ich, dass die Vertreterin die Frage beantworten kann.

Gegenwärtig ist man mit der Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks befasst. Der Entwurf eines Dritten Medienänderungsstaatsvertrages ist bereits im Juni 2022 von den Ministerpräsidenten unterschrieben worden und soll dann in die Parlamente gehen. Dieser Staatsvertrag betrifft die Fragen des Auftrages und der Struktur. In der Diskussion wurde gesagt, es gehe nicht um Fragen der Finanzierung, aber wir wissen natürlich - das ist heute auch mehrfach festgestellt worden, unter anderem durch das Mitglied der KEF -, dass der Finanzbedarf sich an Auftrag und Struktur bemisst, die von der Politik vorgegeben werden, nämlich in diesen Staatsverträgen.

Meine Frage ist: Wäre es angesichts der Tatsachen und der Vorschläge, die von Minister Herr Robra schon in der Vergangenheit und jetzt noch einmal massiert vorgetragen worden sind, nicht genau jetzt an der Zeit zu sagen: Der Staatsvertrag geht so, wie er jetzt vorliegt, nicht in die Parlamente? Sollte er nicht gerade jetzt, da die große Diskussion bundesweit geführt wird, natürlich auch befeuert durch die Ereignisse beim RBB, beim NDR usw., noch einmal angefasst werden? Sollte man das Verfahren also erst einmal stoppen? Das wäre eigentlich logisch.

Eine **Vertreterin der Staatskanzlei (StK):** Der Verfahrensstand ist so, dass der Entwurf eines Dritten Medienänderungsstaatsvertrages schon im Landtag sein müsste und insofern hier

demnächst zur Erörterung ansteht. Es ist durchaus sinnvoll, dass der Dritte Medienänderungsstaatsvertrag wirklich in Kraft gesetzt wird.

Es gab heute im Verlauf der Anhörung bspw. die Frage, was mit den Gremien passiert. Über den Dritten Medienänderungsstaatsvertrag kommen den Gremien neue Möglichkeiten zu, sodass es sehr sinnvoll wäre, den Dritten Medienänderungsstaatsvertrag jetzt in Kraft zu setzen. Das klingt, glaube ich, auch in den Beiträgen eben an. Natürlich können Reformen dann weitergehen und der Prozess der Anpassung des Medienrechts wird immer weiter fortschreiten; denn wir haben es mit einer sich ständig verändernden Medienlandschaft zu tun, sodass der Reformprozess hiermit sicherlich nicht ein für alle Mal beendet ist.

Es ist ein guter Schritt in Richtung einer Anpassung der Medien an die aktuellen Herausforderungen. Für die Herausforderungen, vor denen die Medienbranche insgesamt steht - aufgrund der technischen Weiterentwicklung, aber auch vor dem Hintergrund dessen, was wir aktuell gesehen haben -, bietet der Staatsvertrag mit Blick auf die Gremienaufsicht über die Anstalten auch eine Chance.

**Abg. Markus Kurze (CDU):** Ich möchte an die Frage, die Frau Frederking eben gestellt hat, anknüpfen. Die Antwort der Staatskanzlei war natürlich eine Aussage, die Sie als Verwaltung uns mitgeben müssen. Ich will die Frage einmal präzisieren.

Wir haben schon vor zwei Jahren gesagt: Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist richtig und wichtig, aber aus unserer Sicht ist er an vielen Stellen zu groß und zu teuer geworden. Genau das schlägt sich jetzt in der Krise deutlich nieder, wenn man all die Nachrichten liest, die tagtäglich über die verschiedenen Medien der Öffentlich-Rechtlichen zu lesen sind.

Der Vorsitzende der ARD hat vorhin gesagt, er sei bereit - und auch die Intendanten seien sich einig, dass sie bereit seien - für einen großen Wurf. Damit ist klar: Das, was wir jetzt in der Pipeline haben, ist eben nicht der große Wurf. Wenn man es nicht einmal schafft, klar zu definieren, dass man sich von Spartenkanälen trennt, sondern lediglich schreibt, man könne sie ins Internet überführen oder einsparen, dann wissen wir - wir wissen es nicht, aber wir befürchten es -: Eine Stärkung der Gremien ist sicherlich richtig, aber den Glauben daran, dass die Gremien es wirklich schaffen, ernsthafte Strukturreformen durchzuführen, haben wir eben nicht.

Daher möchte ich die Frage einwerfen, wie die Intendanten das sehen. Denn vor zwei Jahren hatten wir noch eine relativ gute Akzeptanz des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, aber die Kurve für die Akzeptanz ging nicht wie beim Beitrag nach oben, sondern sie war schon fallend. Momentan haben wir die Situation, dass es mehrere Umfragen in Deutschland gab - die Umfragen haben nicht wir gemacht; ich lese und höre bloß davon -, die besagen, dass es nicht mehr die Mehrheit ist, die den Beitrag befürwortet, sondern dass die Mehrheit mittlerweile sagt: Wir könnten uns vorstellen, auf den Beitrag zu verzichten. Das muss doch ein Alarmsignal für die Intendanten sein. Das muss auch ein Alarmsignal für die Ministerprä-

sidenten und für die Mitglieder der Rundfunkkommission sein. Mir fehlte in den heutigen Darlegungen bisher die Antwort auf dieses Alarmsignal, die es eigentlich geben müsste.

Die **Vertreterin der Staatskanzlei (StK)**: Erstens - das ist jetzt auch nicht nur eine Verwaltungsantwort - sollten wir die Erfolge mit den Reformschritten nicht kleinreden. Es ist ein komplexes System und wir fangen nicht bei null an. Wenn man sich noch einmal ein Rundfunksystem schaffen könnte und bei null anfangen würde, würde man unter Umständen andere Akzente setzen, anders anfangen. Wir haben aber ein bestehendes, ein aktives System, und wir müssen schauen, wie wir es gemeinsam weiterentwickeln vor dem Hintergrund der Anforderungen, die die moderne Welt stellt, die bspw. auch aufgrund der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen bestehen, und eben auch vor dem Hintergrund, was von den Medien verlangt wird. Deshalb müssen wir schrittweise vorgehen. Ich finde es wichtig, dass wir uns vergegenwärtigen: Wir haben hier einen Schritt, den wir mit dem Dritten Medienänderungsstaatsvertrag gehen können, den wir umsetzen können.

Dann muss es auch darum gehen, die verschiedenen Ebenen zu betrachten. Das eine ist die Möglichkeit, den gesetzgeberischen Rahmen zu ändern. Das andere - das klang bei Ihnen auch an - ist die Frage: Was ist die Erwartung an die Anstalten in dem Rahmen, den sie haben, und wie nutzen sie diesen aus? Es ist dann auch wichtig, dass nicht konstant gegenseitige Schuldzuschreibungen erfolgen.

Der Minister hat kürzlich geäußert, dass der Auftrag - die Frage des Auftrags klang auch heute häufiger an - vor dem Hintergrund der verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen konsequenterweise immer abstrakt sein muss. Dann geht es immer auch darum, wie er ausgefüllt wird. Die Weiterentwicklung des gesamten Mediensystems muss eigentlich dialogisch ansetzen. Es geht darum, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen, die politischen Vorgaben gemacht werden und dass darüber diskutiert werden muss.

Auch die Anstalten müssen schauen, wie sie diese Anforderungen, die sowohl der rechtliche Rahmen als auch - das ist wahrscheinlich das viel Wichtigere - die gesellschaftlichen Gegebenheiten, die da sind, setzen, erfüllen können.

Davon abgesetzt ist das aktuelle Thema zu betrachten: Wie schaffen sie es vor dem Hintergrund der aktuellen Anforderungen, den technischen Prozess zu gestalten, den Umgang mit modernen Medien, vom Fernsehen, vom Hörfunk hin zu Mediatheken? Aber auch: Wie können sie den Prozess mit Blick auf die weitere Akzeptanz gestalten? Das ist, denke ich, eine Herausforderung für alle.

Um auf die Ausgangsfrage zurückzukommen: Ich werbe nachdrücklich für den Dritten Medienänderungsstaatsvertrag, auch wenn dieser heute nicht Thema ist. Ich werbe umso nachdrücklicher für ihn, weil er einen nächsten Schritt ermöglicht. Würde man jetzt sagen: „Lasst uns stattdessen eine ganz tolle, große Reform machen“, dann müssten wir uns wiederum fragen: Wo sind denn dann die Linien? Und es gibt sehr viele Akteure, die zu einer ge-

meinsamen Lösung finden müssen. Insofern ist es sicherlich am effektivsten, schrittweise vorzugehen.

**Abg. Dorothea Frederking (GRÜNE):** Der Vorsitzende der ARD hat in den vier Punkten, mit denen er die Reformen skizziert hat, auch das Thema Vereinheitlichung der Compliance-Standards angesprochen. Ich verstehe das als eine Vereinheitlichung innerhalb der ARD. Die Compliance-Standards würden also alle Bereiche der Anstalten betreffen, auch die Führungsriege, und sollten dann solche Vorgänge, wie sie jetzt misslicherweise beim RBB entstanden sind, ausschließen.

Meine Frage wäre, ob Sie uns an ein bis drei Beispielen erläutern könnten, was Sie sich dazu vorstellen, vielleicht auch flankiert durch die Intendantin des MDR; denn Sie haben betont, dass der MDR dabei schon ziemlich weit sei.

Eine Bemerkung erlaube ich mir noch. Ich hatte die Möglichkeit, im MDR-Rundfunkrat tätig zu sein. Das, was die Intendantin des MDR dazu gesagt hat, wie das mit der Weitergabe der Informationen funktioniert und wann die Gremien befasst werden, kann ich tatsächlich bestätigen. Das ist ja auch Teil der Compliance-Regeln.

**Abg. Stefan Gebhardt (DIE LINKE):** Meine Frage geht in die gleiche Richtung. Ich habe mir notiert, dass der Vorsitzende der ARD vorhin - dem kann ich vollständig zustimmen - die Compliance- und Transparenzregeln beim MDR als fortschrittlich und beispielhaft gelobt hat. Diese Regeln existieren beim MDR schon eine ganze Weile. Die Intendantin des MDR hat dort sehr viel angeschoben, auch vor dem Hintergrund der Erfahrungen aus der Vergangenheit. Es waren auch unschöne Erfahrungen, die es in den 30 Jahren MDR gab. Ich erinnere nur an den KIKA-Skandal, den Skandal um den früheren Unterhaltungschef usw. Vor diesem Hintergrund sind letztlich die Regeln entstanden. Aber wenn sie so beispielhaft sind, wie Sie gesagt haben, warum hat die ARD diese Regeln dann nicht eins zu eins übernommen? Warum gelten sie dann nicht für die gesamte ARD?

**Der Vorsitzende der ARD:** Frau Frederking, auf Ihre erste Frage, ob ich mit Vereinheitlichung meinte, in der ARD: ja, nur ARD. Es gibt natürlich auch Treffen und Abstimmungen zwischen allen drei Sendeanstalten, also dem Deutschlandradio, dem ZDF und den ARD-Anstalten, aber wir müssen das erst einmal im eigenen Haus machen, wo wir das durchsetzen können und uns darauf committen können.

Ein paar Beispiele für die Compliance-Vereinheitlichung. Es gibt immer wieder Weiterentwicklungen. Es gibt gerade eine - ich glaube, das kommt aus dem europäischen Recht - Whistleblower-Richtlinie, die jetzt in nationales Recht umgewandelt wird. Das wird dann auch von den einzelnen Anstalten umgesetzt werden. Das ist sozusagen im Gange. Wir wollen schauen, dass - einheitliche Standards heißt nicht einheitliche Strukturen - Ansprechpartner da sind, auch für Hinweise, und dass die Standards von der Kultur her dann auch eingehalten werden. Denn wir haben - Sie haben richtigerweise den RBB erwähnt - nicht nur

Lücken in den Regulierungen, sondern wir haben Lücken in der Kultur der Befolgung der Richtlinien, bspw. hinsichtlich der Stückelung von Ausschreibungen, damit es nicht zu einer Verwaltungsratsschwelle kommt, oder solche Dinge, die jetzt zumindest untersucht werden. Das sollte nicht stattfinden.

Deshalb brauchen wir eine entsprechende Kultur. Wir wollen diese Compliance-Richtlinien dann auch direkt prominent verpflichtend machen für Neueinstellungen. Wir wollen, dass entsprechende Schulungen stattfinden. Wir wollen Informationen darüber auch ganz vorn auf unseren Intranetseiten, damit die Leute direkt sehen und erkennen, dass der Standard eingehalten wird. Es gibt auch internationale Standards, die man auf verschiedene Art und Weise erfüllen kann. - Das sind ein paar Beispiele. Ich würde aber, weil der MDR diesbezüglich eben Best Practice ist, die Intendantin des MDR bitten, noch ein bisschen konkreter zu erläutern, wie das beim MDR geregelt ist.

Damit bin ich bei Herrn Gebhardts Frage: Warum haben wir uns an diesem Best Practice nicht schon vorher orientiert? - Das eine ist - ich habe es am Anfang gesagt -, dass die ARD kein Konzern ist, wo ein CEO oder ein Vorstandsvorsitzender sagen kann: Wir machen das ab jetzt in diesem oder jenem Bereich, ob das Abrechnungen oder was weiß ich für Themen sind, und beim Thema Compliance machen wir das jetzt alle einheitlich.

Man muss auch sagen, dass es ja unterschiedliche Gesetze gibt. Es gibt auch Landesgesetze, die das vorschreiben. Insofern finde ich es gut so, dass wir uns jetzt darauf committen, dass wir das auf den Weg bringen. Das haben wir getan. Wir haben einen Abgleich gemacht und jetzt wird es auf den Weg gebracht. Es muss nicht alles identisch wie beim MDR sein, aber ich glaube, dass wir vom MDR einige Anstöße bekommen, die uns auf dem Weg helfen.

Die **Intendantin des MDR**: Ich kann das gern ergänzen. Uns ging es darum - diese Prüfung hat in den Häusern jetzt stattgefunden -, dass man Compliance-Programme, die es in unterschiedlicher Art in den Häusern gibt, noch einmal darauf hin überprüft, ob sie in den Strukturen den Standards für moderne und sichere Compliance-Programme entsprechen. Dabei sind Dinge festgestellt worden, bei denen bestimmte Häuser nicht einheitlich aufgestellt sind. Dazu gehört bspw. das Thema externe Whistleblower-Stelle. Es geht darum, dass man einen externen Ansprechpartner für anonyme oder eben Transparenzdinge schafft, und eben nicht nur einen internen Ansprechpartner dafür hat. Wir haben dafür seit vielen Jahren eine Ombudsfrau, mit der das funktioniert.

Das Zweite ist: Es muss wirklich zum Standard gehören, dass man Schulungen für jeden Mitarbeiter, für alle Führungskräfte verbindlich vorgibt und dass die Verbindlichkeit im Hinblick auf diese Schulungsprogramme auch gelebt wird.

Der nächste Punkt war: Wie werden diese Compliance-Regelungen in den Häusern eigentlich sichtbar gemacht? Es gibt ja so viele, also On-Boarding-Programme, alles, was dazugehört, wenn neue Kolleginnen dazustoßen. All das ist Standard, das gehört zu den Strukturen und

das wird jetzt über alle Häuser gezogen und eingeführt. Etwas, das wir uns noch einmal vornehmen, ist: Es gibt auch Zertifizierungsmöglichkeiten, aber wir haben festgestellt, dass es selbst bei dem bestzertifizierten Unternehmen, Thyssen, schon Fälle gab, die trotz Zertifizierung stattgefunden haben. Das schauen wir uns also noch einmal gemeinsam an.

Wir haben jetzt auch einen Kreis zu Compliance-Beauftragten, in den wir als Mitteldeutscher Rundfunk viele Erfahrungen mitbringen. Die Häuser werden sich zusammensetzen. Und wichtig ist, dass der Standard, der überall in der Wirtschaft und wahrscheinlich auch in den öffentlichen Bereichen gilt, in die Strukturen für jedes Haus eingezogen wird. Das ist das Ziel.

**Abg. Stefan Gebhardt (DIE LINKE):** Ich möchte anknüpfen an das, was Kollege Markus Kurze gesagt hat, und zwar in Richtung Reform beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Wir reden über eine Auftrags- und Strukturdebatte und haben hier schon einige Punkte, auch was den Programmauftrag betrifft, gestreift. Ich will mich aber auf die Strukturfrage konzentrieren.

Es gibt dazu einige Vorstellungen im politischen Raum, auch meine Fraktion hat jetzt ein Diskussionsangebot dazu unterbreitet, wie es zu anderen Strukturen innerhalb der ARD kommen könnte. Ich will Sie jetzt gar nicht auffordern oder bitten, sich dazu konkret zu verhalten. Aber mein Standpunkt, wenn man sich die Debatten in den letzten Jahren noch einmal zu Gemüte führt, ist aktuell so: Wer will, dass die ARD so bleibt, wie sie ist, der will nicht, dass sie bleibt.

Daraus leitet sich meine folgende Frage an den Vorsitzenden der ARD ab: Halten Sie die derzeitige Struktur und die Gliederung der ARD mit neun Landesrundfunkanstalten und ihrer jeweiligen Größe für zukunftsfest?

**Der Vorsitzende der ARD:** Das ist eine Frage, die politisch beantwortet werden muss. Diese Frage muss ich zurückspielen. Es waren früher mehr Anstalten. Es hat Fusionen gegeben, die auch unter großen Schmerzen durchgeführt wurden. Ich erinnere daran, dass der SWR aus so einer Fusion entstanden ist. Auch der MDR und der RBB hatten nicht immer diesen Zugschnitt, Letzterer entstand aus ORB und SFB. Nichts ist für immer. Darüber kann man reden. Das sind aber Fragen, die dann auch die einzelnen Länder beantworten müssen.

Denken Sie nur an das Hilfsangebot, das der Intendant des Südwestrundfunks dahin gehend gemacht hatte, in einigen ausgewählten Bereichen Kooperationen mit dem Saarländischen Rundfunk einzugehen. Dazu gab es sehr eindeutige Reaktionen, auch aus dem politischen Raum des betreffenden Bundeslandes. Mit anderen Worten: Es ist am Ende eine politische Frage.

Aber ich will der Frage gar nicht ausweichen. Ich kann Ihnen grundsätzlich sagen: Wenn man die föderale Verfasstheit komplett abschafft, dann haben Sie im Prinzip nichts mehr, was ARD und ZDF unterscheidet. Die ARD ist aus genau diesem Grund geschaffen worden: damit

sich die föderale Vielfalt widerspiegelt und damit es niemals wieder eine zentralisierte Kontrolle über ein Massenmedium in Deutschland geben kann. So ist die ARD entstanden.

Jetzt kann man, um das effizienter zu machen, die Zahl der Anstalten reduzieren. Man hat das schon getan. Aber wenn Sie das jetzt ad infinitum weiterdenken, dann haben Sie am Ende einen Konzern, der leichter zu beaufsichtigen und leichter zu verstehen ist, aber Sie haben nicht mehr ein föderales Gebilde. Deshalb wird man solche Fragen in dieser Balance beantworten müssen. Und das sind große Fragen. Das gehört mit zu dem Auftrag- und Strukturpaket, und zwar zu dem Komplex Struktur.

**Abg. Stefan Gebhardt (DIE LINKE):** Mir ist schon klar, dass das die Politik entscheidet. Mir ging es aber einmal um Ihre Sicht. Denn ich weiß, dass innerhalb der ARD für die einzelnen Rundfunkanstalten auch bestimmte Pflichten bestehen, auch Zulieferungspflichten für das Erste Programm. Meinem Kenntnisstand nach sind die Anstalten so unterschiedlich stark, dass einige diese Aufgaben erfüllen können und einige sie wiederum nicht erfüllen können. Bei denjenigen, die sie nicht erfüllen können, hat das auch etwas mit der Leistungsfähigkeit zu tun. Vor diesem Hintergrund habe ich meine Frage gestellt, nicht mit Blick auf die Politik, sondern darauf, wie das innerhalb der ARD mit der Auftragserfüllung funktioniert.

In diesem Zusammenhang habe ich auch eine Frage an die Intendantin des MDR. Das Zauberwort, das wir in den letzten Jahren, Wochen, Monaten immer wieder gehört haben, ist: Synergien erschließen, Kooperationen untereinander. Nun gab es zwischen RBB und MDR eine aus meiner Sicht sehr sinnvolle Kooperation. Der RBB hat gesagt: Wir hören jetzt einmal auf, ständig unsere eigenen Talkshows an den Start zu bringen, weil die sowieso nicht funktionieren; wir kooperieren mit dem MDR, übernehmen das „Riverboat“ und machen das ausdrücklich gemeinsam, im Wechsel mit Berlin und Mitteldeutschland. Jetzt hat der RBB diese Kooperation einseitig gekündigt. Ich empfinde das als einen Weg in die völlig falsche Richtung und würde gern wissen, wie das beim MDR betrachtet wird.

**Der Vorsitzende der ARD:** Ich glaube, das war nur noch eine Bemerkung zu meiner Bemerkung. Oder wollten Sie von mir noch etwas wissen?

**Abg. Stefan Gebhardt (DIE LINKE):** Ich habe gefragt, wie sich die Auftragserfüllung für die Anstalten innerhalb der ARD entwickelt.

**Der Vorsitzende der ARD:** Das mit den Zulieferungsverpflichtungen. Die Zulieferungsverpflichtungen - wir haben dafür verschiedene Schlüssel - orientieren sich an der Größe und Leistungskraft der einzelnen Anstalt. Das heißt, wenn Sie einen kleinen Sender haben, hat der wesentlich weniger Zulieferungsverpflichtungen als ein größerer Sender. Das halte ich grundsätzlich für erfüllbar. Aber das sind auch freiwillige Verpflichtungen, das sind Selbstverpflichtungen, das sind Agreements. Es gibt keine staatsvertraglich festgelegte Quote, wie viele Minuten man festlegen soll.



Ich kann Ihnen dazu sagen, dass wir in der ARD mit der neuen Programmdirektorin dabei sind, das unter ihrer Führung, unter ihrer Koordination beherzt anzugehen. Es ist Teil ihrer Reformanstrengungen auf der ARD-Ebene, dass man das noch transparenter festhält, also nicht nur die Quantität der Minuten, sondern auch die Kosten. Denn eine Minute in einem bestimmten Programm ist wesentlich preiswerter als eine Minute in einem anderen Programm. Wir sind bemüht, die Nachvollziehbarkeit dessen, was eine Minute wert ist und wie es wirklich mit den Zulieferungen aussieht, für unsere Binnendiskussion zu verbessern.

Selbst die kleinste Anstalt hat nach diesem Schlüssel dann eben nur die kleinsten Verpflichtungen zuzuliefern. Das tun sie in der Regel auch gern. Aber es gibt auch einige, die das zumindest in manchen Genres eben nicht so erfüllen. Sie können aber niemanden dazu zwingen. Noch einmal: Ich bin nicht der Konzernchef der ARD. Auch die Programmdirektorin des Ersten Deutschen Fernsehens und der Mediathek hat keinen Hebel, um Einzelne dazu zu zwingen.

**Die Intendantin des MDR:** „Riverboat“ ist seit vielen Jahrzehnten eine starke Marke. Wir haben uns damals sehr gefreut, dass der RBB gesagt hat, er macht mit. Wir haben beide gesagt, das bringt Synergien für beide Häuser. Beim RBB ist der Programmserfolg offensichtlich nicht so eingetreten, wie man sich das dort erhofft hatte. Man hat weniger Menschen erreicht als gedacht.

Die einseitige Aufkündigung des Ganzen hat uns, ehrlich gesagt, kalt erwischt. Ich finde, Überlegungen dazu, Sendungen gemeinsam oder im wöchentlichen Austausch zu machen, wie wir das hier machen, das ist die richtige Richtung. Ich hätte mir gewünscht, wir hätten darüber gesprochen, wie es inhaltlich vielleicht besser werden könnte und wie wir zusammenarbeiten. Aber jetzt müssen wir mit der Situation erst einmal umgehen.

**Abg. Guido Kosmehl (FDP):** Der Kollege Gebhardt hat die Frage der Programmlieferung gestellt. Sie haben völlig recht, das ist eine Selbstverpflichtung und es ist nach dem Fernsehschluss angepasst, was man machen kann. Wir nehmen aber zur Kenntnis - ich glaube, die Zahlen liegen auch Ihnen vor -, dass die kleinen Anstalten ihrer Selbstverpflichtung in vielen Bereichen eben nicht nachkommen. Ich glaube, eine weitere Absenkung des Zulieferschlüssels ist kaum möglich.

Aber es gibt einen zweiten Ansatzpunkt, und zwar im fiskalischen Bereich. Es gibt einen inneranstaltlichen Ausgleich, der auch den MDR belastet; denn wir haben uns im Staatsvertrag sozusagen verpflichtet, Radio Bremen und den Saarländischen Rundfunk zu unterstützen, weil diese aus sich heraus, also allein aus dem Beitragsaufkommen in Bremen und im Saarland und aus den Erträgen, die man dort hat, eben nicht eine Landesrundfunkanstalt betreiben können. Sie sind daher von unserer Unterstützung abhängig. Sie als WDR-Intendant wissen das; Ihre Summe ist wahrscheinlich viel größer als die beim MDR.

Meine Frage ist: Wie lange soll das so weitergehen? Denn das ist etwas - eine gewisse Solidarität unter den Anstalten ist sicherlich notwendig -, das auch sehr belastend ist, wenn man sieht, dass andere Anstalten, bspw. der MDR, auf der einen Seite Einschnitte vornehmen bei Fragen von Drehtagen, von Sendungen, bei Programminhalten und beim Anfall von Programmen, um das Programm zu machen, auf der anderen Seite aber Beiträge weggeben, die wir genau dafür nutzen könnten. Sollten die ARD-Anstalten nicht auch einmal selbstkritisch unter sich klären, ob es wirklich sinnvoll ist, diese Anstalten dauerhaft zu unterhalten, oder ob man einen Prozess anstoßen sollte, der vielleicht zu Veränderungen führt?

Eine Sorge - das ist die letzte Anmerkung - nehme ich Ihnen: Eine Gesamt-Landesrundfunkanstalt wollen die Linken nicht, sondern das muss schon nach Ost und West getrennt sein. Es wird also keinen Gesamtkonzern geben. Aber die Richtung, über die wir diskutieren müssen, ist, die bestehenden Anstalten fit zu machen für die Aufgaben, die sie haben. Da sollte Bewegung hineinkommen. Das richtet sich auch an die Staatskanzleien. Die Vertreterin der Staatskanzlei kann die Überlegung durchaus einmal mitnehmen, dass man dann eben länger Druck macht und nicht einfach alles fortschreibt.

**Der Vorsitzende der ARD:** Wir haben uns eben darauf geeinigt, dass die Intendantin des MDR darauf antwortet. Zu dem letzten Punkte sage ich nur: Ich wünschte mir, dass die 16 Bundesländer bei ihren Föderalismusreformen - Stichwort: Föderalismuskommission - genauso beherzt vorangehen würden oder vorangegangen wären, wie das jetzt von den Anstalten erwartet wird. Aber das ist nur eine nicht ganz ernst gemeinte Bemerkung.

**Die Intendantin des MDR:** Das ist eine spannende Frage. Ich glaube, der Föderalismus ist in der Rundfunkordnung ein Wert. Die Frage ist, in welchen Struktureinheiten das Sinn macht. Fakt ist, dass alle 16 Länder den Finanzausgleich geregelt haben und uns sogar die Finanzsumme vorgegeben haben. Sie sind bei der letzten Regelung - wir erinnern uns an den Staatsvertrag - bei der Finanzausgleichsmasse sogar noch einmal von 1,6 % auf 1,8 % hochgegangen. Das heißt, die Finanzausgleichsmasse ist größer geworden, um eine bedarfsgerechte Finanzierung der kleineren Anstalten, die Teil des Finanzausgleichs sind, zu sichern. Insofern ist es eine medienpolitische Frage, dann, wenn es um solche Struktureinheiten geht, auch diese zweite, offensichtliche Notwendigkeit, den Finanzausgleich, zu regeln. Der Finanzausgleich ist uns auf der gesetzgeberischen Ebene vorgegeben.

**Abg. Markus Kurze (CDU):** Meine erste Frage ist jetzt eigentlich schon beantwortet worden. Aber ich habe noch eine zweite. Wenn wir über Auftrag und Struktur reden, reden wir beim Auftrag auch über die Inhalte und über das Programm. Daran schließt sich eigentlich die Frage an, wie Sie die Feststellung bei der momentanen Akzeptanz als Intendanten und Intendantinnen wahrnehmen.

Die Bürger haben ja nicht nur - ich sage das jetzt einmal so - einen puckernden Hals, wenn jetzt berichtet wird, wie lax an der einen oder anderen Stelle mit dem Beitragsgeld, das jeder

zahlen muss, umgegangen wird. Sie sagen immer, Sie sind kein Konzern. Das sind Sie auch nicht, das stimmt. Sie sind aber auch kein Betrieb, der seinen Gewinn erwirtschaftet und den am Ende dann auszahlt. Trotzdem haben Sie in den einzelnen Anstalten eine Gehaltsstruktur, die sich vom öffentlichen Dienst - und der ist schon gut angelegt - in der Bezahlung und in der Altersversorgung doch deutlich unterscheidet. Das ist, denke ich, ein Punkt, den die Bürger kritisch sehen, den Sie sicherlich verteidigen.

Mich würde Ihre jetzige Meinung dazu interessieren. Denn es sind inzwischen zwei Jahre vergangen, wir sind nicht mehr im Jahr 2020, als wir hier darüber diskutiert haben, sondern wir sind jetzt in einer Zeit, in der es bei den Öffentlich-Rechtlichen brennt. Wir wollen nicht in die Programmhoheit und in die journalistische Freiheit eingreifen, aber auch die Inhalte des Programmes sind manchmal stark gewöhnungsbedürftig. Es liegt sicherlich nicht nur an dem Beitrag, sondern auch an den Inhalten. Nun meine Frage: Kommt das bei Ihnen an? Oder sagen Sie: Das ist unsere Freiheit, wir machen unser Programm so, wie wir uns das eben vorstellen und wie wir den Grundauftrag interpretieren?

**Vorsitzender Daniel Sturm:** Herr Kurze, ging die Frage jetzt an alle?

**Abg. Markus Kurze (CDU):** Ich denke, die Intendanten stimmen sich dazu immer ab, damit man das nicht dreimal hört. Sie können sich darauf einigen, wer antwortet. - Aber die Frage jetzt an das ZDF abzuschieben, wäre sicherlich gemein.

**Vorsitzender Daniel Sturm:** Aber vielleicht kann der Intendant des ZDF die Frage beantworten.

**Der Intendant des ZDF:** Das ZDF ist furchtlos. - Herr Kurze, Sie haben vielleicht schon meiner Rede entnommen, dass wir diesbezüglich wirklich nachdenklich sind. Wir erreichen zurzeit regelmäßig 82 % der Bevölkerung. Aber was ist mit den 18 %, die wir nicht erreichen, die sich von uns abwenden und die sagen: Mit dem ZDF wollen wir nichts mehr zu tun haben, die haben wenig mit unserer Lebenswirklichkeit zu tun? Diese müssen wir ansprechen.

Ich vermute, dass wir nie 100 % erreichen, aber der Ehrgeiz muss doch sein, über die 82 % wieder hinauszukommen. Dafür setzen wir etwas auf, das auf genau diese Zielgruppen abzielt. Wir versuchen damit, die Lebenswirklichkeiten derjenigen abzubilden, die uns kritisieren und sagen: Wir finden uns bei euch nicht mehr wieder. Das ist schwer; denn in einem Vollprogramm wie dem ZDF muss man natürlich versuchen, die ganze Bandbreite des demokratischen Spektrums abzubilden. Aber offensichtlich haben wir da noch Nachholbedarf und daran arbeiten wir.

Zweitens. Ich denke, wir müssen dann auch mit der Qualität im Einzelnen überzeugen. Nicht alles, was wir machen, glänzt vor Qualität. Vielleicht haben wir bei uns auch noch Programme, bei denen manche sagen: Das ist zu viel von dem einen, das kann variantenreicher sein;

an der einen oder anderen Stelle kann man doch bitte auch etwas von dem tun, was ihr noch zu wenig macht. Auch das beinhaltet der Prozess, den wir zurzeit mitmachen.

Sie fragen hier jetzt gerade sehr höflich nach mit „wir wollen uns nicht einmischen in Ihre Programmhoheit“. Die Rundfunkräte und die Fernsehräte machen das - ich glaube, das ist in den Gremien der ARD, beim WDR nicht anders - mit großer Eindringlichkeit. Wir im ZDF beschäftigen uns einmal im Jahr ganz grundlegend damit: Wie ist die Ausrüstung der Programme des ZDF, die Quantität bestimmter Genres, auch die Stoßrichtung? Welche Themen beurteilen wir und was stellen wir vornan? Das ist die sogenannte Selbstverpflichtungserklärung, die wir sehr modern gehalten haben, die auch immer wieder ein Feedback des Publikums enthält.

Wir fragen das Publikum einmal im Jahr: Was haltet ihr von uns und was ist verbesserungsbedürftig? Das wird über die Gremien in diese Selbstverpflichtungserklärung aufgenommen. Das ist etwas ganz anderes als die Programmrichtlinien; die geben den Rahmen, aber die Selbstverpflichtungserklärung beschreibt unser Programmvorhaben für die nächsten ein bis zwei Jahre und wird auch immer zwischenbilanziert. Diese Dinge müssen wir schärfen. Wir müssen, glaube ich, mit den Nutzerinnen und mit den Nutzern noch stärker in den Dialog treten, und zwar gerade - und das ist wirklich schwer - mit denen, die uns gar nicht mehr gucken. An diese müssen wir wieder herankommen. Das haben wir uns, glaube ich, sehr deutlich auf die Fahnen geschrieben.

Ich habe in meiner Antrittsrede gesagt: Daran lasse ich mich auch messen. Wenn ich also zur Wiederwahl stehe, dann muss ich auch ein Stück weit nachweisen können, dass wir an dieser Stelle wirklich vorangekommen sind. Sie haben völlig recht: Wir werden keine Systemakzeptanz haben, wenn unsere Angebote nicht mehr die ganze Gesellschaft durchdringen.

**Abg. Markus Kurze (CDU):** Direkt dazu. Im April hat das renommierte Meinungsforschungsinstitut Allensbach festgestellt, dass eine Mehrheit in Deutschland sagt, dass nach ihrem Empfinden im öffentlich-rechtlichen Rundfunk in der Regel - nehmen wir jetzt einmal alle Programme - oft mehr Meinungen von Minderheiten stattfinden - das habe nicht ich erfragt, sondern Allensbach -, während sich Meinungen von Mehrheiten eben in geringerem Umfang finden. Dieses Gefühl liegt vor, und das kann man auch nicht lax abtun, indem man sagt: Wir erreichen doch 82 %. Erreichen kann ich auch viele, wenn ich hier etwas ausrufe. Aber ob die dann wirklich noch einmal gucken oder hören, das ist doch die große Frage.

Ich glaube, da gibt es auch Defizite, die man jetzt einmal ehrlich ansprechen muss - wie gesagt, nicht um die Öffentlich-Rechtlichen gänzlich infrage zu stellen, das ist nicht unsere Intention. Es gab auch welche, die gesagt haben: Wer Hand an den öffentlich-rechtlichen Rundfunk legt, der legt Hand an die Demokratie. Aber das ist inzwischen zwei Jahre her. Das würde derjenige sicherlich nicht noch einmal so sagen, denke ich. Denn wir wollen den öf-

fentlich-rechtlichen Rundfunk fit machen für die Zukunft. Darüber reden wir wirklich schon seit Jahren, das ist uns ein wichtiges Anliegen.

**Abg. Holger Hövelmann (SPD):** Ich habe zwei Fragen. Die erste bezieht sich auf die Auftrags- und Strukturdebatte. Dazu hat die Vertreterin der Landesregierung erklärt, wir sollten jetzt den Dritten Rundfunkänderungsstaatsvertrag durchwinken, und dann gehen wir tapfer an den vierten und schauen einmal, was dabei herauskommt. Darauf waren mir die Antworten, die bisher von den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten gekommen sind, irgendwie nicht tough genug. Dazu will ich einmal nachfragen.

Gehen Sie denn mit eigenen Ideen, Vorschlägen und Potenzialen, die Sie in Ihren Anstalten sehen - die Frage richtet sich an alle -, in eine solche weitere Debatte? Wenn ja, was sind Ihre Vorschläge?

Bei der zweiten Frage geht es mir um die Staatsferne. Wir als Politik haben mit dem Verfassungsgerichtsurteil zu der Gremienbesetzung Hausaufgaben aufgekriegt. Für den Mitteldeutschen Rundfunk haben wir sie mit der Neubesetzung der Gremien des MDR umgesetzt. Wir haben die entsprechende Besetzung so staatsfern gemacht, wie das Verfassungsgericht es erwartet hat. Ich nehme wahr, dass Staatsferne nicht nur etwas mit Gremienbesetzung zu tun hat, sondern auch mit programmatischer Ausrichtung und journalistischer Unabhängigkeit. Nun sind in den letzten Tagen Informationen - das ist heute schon angesprochen worden - aus dem Norddeutschen Rundfunk öffentlich geworden, die einen zumindest ein Stück weit aufhorchen lassen.

Deshalb die Frage: Sehen Sie aus Ihrer Sicht Handlungsbedarf dahin gehend, dass die journalistische Unabhängigkeit, die kritische Begleitung der Regierenden in Bund und Ländern sichergestellt werden, sodass Dinge, die jetzt in dem einen Sender hochkommen, nicht andernorts auch noch passieren?

**Der Intendant des Deutschlandradios:** Wir sind von den Ländern in die Diskussion um den Medienänderungsstaatsvertrag sehr intensiv einbezogen worden, sind zu vielen Dingen gefragt worden, wie wir das einschätzen. Deswegen brauche ich Ihnen das auch nicht aus der Hüfte zu beantworten, sondern kann Ihnen zumindest von Deutschlandradio die Haltung dazu klarmachen. Das ist ein sehr ambitioniertes Gesetz, vor allem was die Qualitätsanforderungen angeht. Diesbezüglich geht es auch über das hinaus, was vorher gegolten hat bzw. was im Augenblick gilt.

Unser Aufsichtsgremium in Sachen Programm, der Hörfunkrat, hat das schon aufmerksam registriert und wird das zum Anlass und zur Grundlage machen, um mit uns eine Art Qualitätscontrolling zu entwickeln. Es ist die besondere Pointe des Medienänderungsstaatsvertrags, dass man es nicht mehr dabei belässt, dass die Intendanten oder die Geschäftsleitung Rechenschaft ablegen und sagen: „Wir sind sehr zufrieden damit“, sondern dass an bestimmten Benchmarks festgemacht wird, wie sich Qualitäten entwickeln. Das ist, glaube ich,

der große Qualitätssprung dieses Gesetzentwurfs. Dem sehen wir neugierig und sehr positiv entgegen, weil das auch die Debatte zwischen dem Aufsichtsgremium Hörfunkrat und uns auf eine andere Basis stellt.

Der zweite Punkt im Medienänderungsstaatsvertrag ist ein klarer Hinweis darauf, dass verstärkt gerade jüngere Menschen anzusprechen sind. Wenn wir darüber reden, wie viele Menschen wir erreichen, geht es nicht nur darum, Land und Stadt, Grün und Rot, rechts und links zu erfassen, sondern es geht vor allen Dingen darum, als Öffentlich-Rechtliche verstärkt jüngere Generationen anzusprechen.

Wir wissen, dass Menschen unter 35 zu einem großen Prozentsatz Medien nicht mehr linear konsumieren, weder privat noch öffentlich-rechtlich, sondern über die digitale Verbreitung gehen, nonlineare Angebote nutzen. Wir befinden uns im Haus Deutschlandradio in einem großen Strukturwandel hin zu nonlinearen Angeboten, etwa mit einer Verstärkung unserer Audiothek, einer Verstärkung unserer Podcast-Angebote, einer Verstärkung der Interaktionsangebote.

Damit bin ich bei dem dritten Punkt. Der Medienänderungsstaatsvertrag fordert uns sehr nachhaltig auf, stärker in den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern zu gehen. Dazu hat der Hörfunk alte, traditionsreiche Formate, die wir für die digitale Welt weiter ausbauen werden. Ein paar Elemente, die wir schon festgelegt haben, habe ich bereits genannt. Wir müssen also mehr auf die Menschen zugehen, müssen ihnen auch mehr Möglichkeiten geben, unser Programm mitzubestimmen, und die digitalen technischen Voraussetzungen schaffen, auch die Möglichkeit, zeitnah überhaupt in einen solchen Dialog einzutreten. Die Zeit der Zuhörerbriefe, die dann bearbeitet, beantwortet werden, die irgendwann vielleicht auch einmal Einfluss auf das Programm haben, ist vorbei. Jetzt kann man gewissermaßen zeitnah oder in Echtzeit mit den Hörerinnen und Hörern kommunizieren und Sendungen auch nach deren Wunsch und nach deren Interesse verändern.

Der **Intendant des ZDF**: Ein Satz zur journalistischen Unabhängigkeit. Ich glaube, dass die im ZDF gewährleistet ist. Das hat etwas mit plural zusammengesetzten Redaktionen zu tun. Das hat etwas mit einer offenen Kommunikationskultur zu tun. Das hat mit einer klaren Ex-Post-Kontrolle unserer Sendungen durch den Fernsehrat zu tun, und das hat auch damit zu tun, dass wir schon seit geraumer Zeit einen externen Vertrauensanwalt haben, an den man sich wenden kann, wenn man diesbezüglich, aber auch bei anderen Fragen, die die Struktur oder die Hierarchie betreffen, Probleme hat.

Der **Vorsitzende der ARD**: Die Staatsferne ist gewährleistet. Das ist nicht nur bei den Gremien, sondern auch sonst so. Ich glaube, dass da jetzt kein besonderes Handlungsfeld liegt.

Die **Intendantin des MDR**: Eine grundsätzliche Frage war: Wo ist eigentlich Ihr Zukunftsentwurf? Wo ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk? Ich würde gern noch einmal auf das eingehen, was in diesem Staatsvertrag steckt. Es heißt für alle: Zusammenhalt, den Diskurs stär-

ken, das Profil schärfen, nachhaltig sein und ihr bekommt flexible Möglichkeiten der Programmgestaltung an die Hand. Das ist ein richtiges Zukunftsprogramm und es liegt an uns.

Wir haben für unser Erstes Deutsches Fernsehen, für die Mediathek, eine große Programmreform laufen. Das läuft, um das Profil zu schärfen, von der Auslandsberichterstattung bis hin zu den fiktionalen Angeboten, viel breiter. Wir diskutieren sehr intensiv die Frage, wie ausgewogen unsere Angebote eigentlich sind.

Wenn Sie mich persönlich fragen zu all dem, was der Staatsvertrag hergibt, würde ich sagen: Ich sehe noch immer mein Zukunftsmodell. Mein Bild wäre ein gemeinwohlorientiertes Kommunikationsnetzwerk aus linearen und nonlinearen Angeboten, wo ARD, ZDF und Deutschlandradio ihre starke publizistische Rolle ausspielen, aber in der technologischen Infrastruktur sozusagen gemeinsam unterwegs sind und ein starkes Gegengewicht zu dem bilden, worüber wir heute noch gar nicht gesprochen haben, nämlich das, was die Medienlandschaft in dieser intermediären Plattformwelt so stark verändert.

**Abg. Guido Heuer (CDU):** Ich möchte zunächst feststellen, dass wir als CDU-Fraktion vor zwei Jahren gar nicht so verkehrt lagen. Das muss man einfach einmal festhalten. Das, was in den letzten Wochen und Monaten so alles herausgekommen ist, ist erschütternd.

Der Vorsitzende der ARD sagte gerade, er würde sich freuen, wenn die Politik auch über Fusionen nachdenken würde. Dazu muss ich Ihnen eines sagen: Das Land Sachsen-Anhalt hat zwei Kreisgebietsreformen hinter sich. Wir haben nur noch elf Landkreise und drei kreisfreie Städte. - So viel vielleicht dazu. Man sollte immer erst vor der eigenen Haustür kehren. Außerdem gab es auch einmal den Versuch, Bundesländer zu fusionieren; das ist aber von der Bevölkerung in Brandenburg abgelehnt worden. Das muss man einmal klar sagen. Für Fusionen braucht man die Akzeptanz der Menschen.

Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Ich halte den Dritten Medienänderungsstaatsvertrag für ein Reformchen. Darüber werden wir noch intensiv diskutieren müssen. Denn eines ist klar - das hat uns auch die sogenannte Zwei-Brötchen-Diskussion gebracht -: Wer bestellt, bezahlt. Darüber werden wir reden müssen.

Das Nächste ist: Hier oben auf der Tribüne sitzen auch Vertreter der Printmedien. Wie sehen Sie denn die Abgrenzung zu den Printmedien? Dazu muss ich sagen: Unsere Printmedien sind in der Regel privatwirtschaftlich geführte Unternehmen. Wir leben jetzt in einer Krise mit steigenden Energiekosten etc. Das weiß jeder; einige haben schon neue Abschlagsrechnungen bekommen. Die Menschen werden sparen müssen und dann werden sie z. B. auf Abonnements verzichten. Davon kann man ausgehen.

Sie vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk werden jedoch aus Beiträgen finanziert; das kann sich dann kein Mensch aussuchen, und das ist auch gut so. Wir stehen komplett zum öffent-

lich-rechtlichen Rundfunk. Es ist aber erforderlich, dass mit den Beitragsgeldern verantwortungsbewusst umgegangen wird. Das muss doch das Ziel sein.

Daher jetzt meine fiskalische Frage: Halten Sie das derzeitige Prüfsystem des öffentlich-rechtlichen Rundfunks für ausreichend? Der Landesrechnungshofpräsident, der gleichzeitig KEF-Mitglied ist, stand vorhin vorn und sagte, er habe zwei Mitarbeiter für die Prüfung des MDR. Das wird bei den Rechnungshöfen in anderen Ländern nicht viel anders sein. Wenn wir dann sehen, dass es noch 16 KEF-Mitglieder gibt, dann kann man sich schon einmal folgende Frage stellen. Das Land Sachsen-Anhalt hat einen Haushalt mit einem Volumen von 13,348 Milliarden € für das Jahr 2022. Wir haben einen Rechnungshof mit, meines Wissens, 165 Mitarbeitern. Eine ähnliche Instanz sehe ich beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk nicht. Dazu hätte ich gern Ihre Position.

**Vorsitzender Daniel Sturm:** An wen geht Ihre Frage, Herr Heuer?

**Abg. Guido Heuer (CDU):** Da ich vor zwei Jahren mit dem jetzigen Vorsitzenden der ARD gesprochen habe und wir uns bilateral auch ausgiebig über den KEF-Bericht der damaligen Zeit unterhalten haben, geht die Frage an ihn.

Der **Vorsitzende der ARD:** Herr Heuer, es ist mir immer ein Vergnügen. Als Erstes eine Klarstellung: Ich habe nicht gesagt, ich befürworte Fusionen von Anstalten. Ich habe gesagt, das gehört mit in die Strukturdebatte und ist eine Frage, die politisch geklärt werden muss. Ich kann nur sagen, dass wir über diese Frage nicht zu entscheiden haben. - Das nur kurz, damit nachher nicht etwas Falsches geschrieben wird.

Ich habe am Anfang gesagt, dass ich hier ein Versprechen eingehalten habe. Ich habe damals gesagt, ich komme wieder, auch wenn es nicht um den Beitrag geht oder darum, dass ich nicht will, dass Sie für irgendeinen Antrag oder irgendein Gesetz oder einen Staatsvertrag die Hand heben. Ich habe am Anfang auch gesagt, ich hätte es mir nicht träumen lassen, dass ich als ARD-Vorsitzender wiederkommen muss. Insofern ist mein Versprechen jetzt eingehalten worden, aber eben in dieser Rolle.

Damit sind wir auch schon beim Thema Nummer 1. Aus dem Gesagten spricht viel Empörung über die Ereignisse aus Berlin, die jetzt zutage getreten sind und zum Teil noch weiter zutage treten. Ich kann sagen, was die Empfindungen angeht, sind wir alle hier im Raum uns ähnlich. Aber es ist einfach - mir ist es, ehrlich gesagt, etwas zu einfach -, wenn man sagt: Dann müssen die Anstalten jetzt einmal alles regeln, was die Politik noch nicht geregelt hat, was aber auch - das muss man auch ehrlich sagen - die gesellschaftliche Debatte noch nicht geregelt hat. Sie kennen mich, auch von vor zwei Jahren. Ich habe gesagt, diese großen Fragen muss man ehrlich miteinander besprechen.

Wenn die Gesellschaft uns so, wie wir bisher waren, nicht mehr will, uns auch in dem Umfang nicht mehr will, dann muss man das sagen und dann muss man die Konsequenzen auch



durchdeklinieren und gemeinsam tragen. Ich habe es eben gesagt: Es hängen Arbeitsplätze daran, es hängen Kulturbereiche daran. Vor zwei Jahren wurde die Frage gestellt: Warum so viele Klangkörper und Orchester? All das sind in einer Demokratie legitime Fragen. Aber das muss man dann, wenn hinterher die Buhrufe auf dem Marktplatz kommen, auch gemeinsam durchstehen. Das ist das, was dann politisch schwierig ist.

Wenn Ihnen die Reform, die in dem Medienänderungsstaatsvertrag mündet, zu klein ist, dann werden Sie nicht zustimmen. Wenn Sie meine persönliche Meinung wissen wollen, was ich Ihnen in Ihrem eigenen Sinne wirklich raten würde: Ich würde sagen, nehmen Sie das, was darin steht, und starten Sie dann direkt die nächste Runde, Strukturauftrag und Struktur 2.0. Aber Sie können das auch ablehnen und sagen: Wir wollen direkt eine größere Lösung. Das müssen Sie entscheiden. Das kann ich nicht für Sie entscheiden.

Man kann sich an der ARD abarbeiten. Ich möchte jetzt noch etwas sagen, weil das hier und da auch anklang - Stichwort: „Riverboat“ -: Warum hat der RBB das gecancelt? Das ist doch schade. - Ich frage dann immer - das war auch vor zwei Jahren so, damals habe ich die Frage auch gestellt -: Wenn Sie sagen, 64 Radiowellen sind zu viel - welche von Ihren würden Sie denn streichen? Dann heißt es nämlich: Na, hier keine!

Das ist das, was es dann, wenn die 16 Länder zusammenkommen, die für die Medien Zuständigen oder auch die Ministerpräsidenten, so schwer macht. Denn jeder sagt natürlich: Bei mir ist eigentlich alles okay, ich möchte meinen Sender unangetastet lassen; das ZDF kenne ich auch gut, weil ich als Land da auch in den Aufsichtsgremien sitze; da finde ich eigentlich alles gut kontrolliert und in Ordnung. Aber irgendwo jenseits davon gibt es so eine abstrakte Rest-ARD, jenseits meiner eigenen Landesrundfunkanstalt, und die ist irgendwie verbesserungswürdig.

Das wird - das kann ich Ihnen sagen - immer und immer wieder wahrscheinlich zu schwierigen, anstrengenden Diskussionen führen, aber nicht zu Änderungen. Wenn, dann muss man sich das Ganze ansehen und das Ganze durchdiskutieren. - Das ist meine Antwort darauf.

**Abg. Guido Heuer (CDU):** Ich habe Ihnen nicht unterstellt, dass Sie gegen Fusionen sind. Ich habe Ihnen, weil Sie auf die Politik geschaut haben, nur erklärt, dass wir in Sachsen-Anhalt schon Strukturreformen gemacht haben, z. B. in Form der Kreisgebietsreform. - Das ist das eine.

Aber zwei Fragen haben Sie mir nicht beantwortet, und zwar die nach der Abgrenzung zu den Printmedien und ob Sie das derzeitige Prüfsystem des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, den wir - das sage ich ausdrücklich, bevor das hier jemand in den falschen Hals bekommt - eindeutig brauchen, für ausreichend halten. Oder sehen Sie dort Handlungsbedarf? Das waren zwei konkrete Fragen und die hätte ich gern ganz konkret beantwortet.

**Der Vorsitzende der ARD:** Das Prüf- und Kontrollsystem ist immer verbesserungswürdig. Wie es beim ZDF ist, hat der Intendant des ZDF eben geschildert. Ich habe am Anfang geschildert, was wir jetzt alles auf den Weg gebracht haben. Aber Sie sehen bei dem, was in Berlin passiert ist, auch, dass es nicht nur auf die Regeln und auf Prüfungs- und Überwachungsstrukturen ankommt, sondern auch darauf, wie die handelnden Personen das ausfüllen. Das heißt: Befasst sich ein Gremium mit den einzelnen Dingen, bevor es mit Ja oder Nein stimmt? Oder verlässt es sich auf das Wort eines langjährigen Vorsitzenden, der sagt: Das ist schon alles in Ordnung, ich habe das geprüft?

Der Punkt ist, wie das ausgefüllt wird. Deshalb ist die Kultur der Aufsicht, auch die Kultur der Selbstkontrolle und der Compliance mindestens so wichtig wie die konkreten Vorschriften. - Das dazu.

Zur Abgrenzung zu den Printmedien kann ich wenig sagen. Die ist eigentlich im dualen Rundfunksystem geregelt. Wir haben öffentlich-rechtliche Medien, wir haben kommerzielle Rundfunkanstalten und wir haben kommerzielle Verlage, die unterschiedliche rechtliche Rahmenbedingungen haben. Da gibt es teilweise Kooperationen. Das gibt es in dem Sendegebiet des Mitteldeutschen Rundfunks, das gibt es auch bei uns und in den einzelnen Sendeanstalten. Es gibt aber teilweise auch Konflikte, wenn es darum geht: Was macht ihr im Internet? Ist das zu textlastig?

Dafür haben wir uns aber auch eingesetzt und eigentlich einmütig gesagt: Okay, da ist eine rechtliche Regelung erfolgt, um diese Konflikte zu regeln, mit der waren beide Seiten auch zufrieden. Unter anderem ist eine Schiedsstelle eingerichtet worden, wo man sich erst einmal miteinander unterhält, bevor man Klage einreicht. Das ist nicht perfekt, aber es gibt Kooperationen und es gibt Konflikte - wie in jeder Branche.

**Abg. Stefan Gebhardt (DIE LINKE):** Nur eine kurze Bemerkung, um Missverständnissen vorzubeugen. Meine Fraktion hat jetzt ein Diskussionsangebot zu einer Strukturreform gemacht, das ausdrücklich auch das eigene Sendegebiet einschließt. Sie haben eben darauf verwiesen, dass Ihnen nur Vorschläge bekannt sind, die dann um das eigene Sendegebiet einen Bogen machen. Wir haben das ausdrücklich nicht gemacht und haben auch an das eigene Sendegebiet und vorrangig an Ostdeutschland gedacht. Wir wissen natürlich - ich denke, dass Sie das teilen -, dass wir mit einem solchen Vorschlag auch Druck auf die westdeutschen Anstalten ausüben werden.

**Abg. Andreas Silbersack (FDP):** Eine kurze Frage an die Intendantin des MDR, weil sie den schönen Begriff nonlinear genannt hat. Gibt es irgendwelche Vorstellungen - mir ist das nämlich nicht wirklich klar -, wie es funktionieren soll, diese nonlineare Hürde zu nehmen? Ich glaube, dass die nachfolgenden Generationen ein völlig anderes Format gewählt haben. Das ist, glaube ich, eine der größten Herausforderungen. Vielleicht können Sie das einmal konkretisieren.

Die **Intendantin des MDR**: In der Tat sind die Menschen, die nonlinear unterwegs sind, in der Internetwelt mit ihren unterschiedlichsten Gestaltungs- und Darstellungsformen unterwegs. Das heißt, sie nutzen das, wann sie wollen und wo sie wollen. Sie nutzen Apps, holen sich Nachrichten sofort am Morgen - ich hoffe aus der MDR-Aktuell-App -, schauen sich einen Film in der Mediathek an, wann sie möchten.

Eines ist völlig richtig: Man kann die Inhalte aus der linearen Welt, also aus dem MDR-Fernsehen, nicht einfach eins zu eins in die Mediathek einstellen. Für das Ziel, ZDF für alle, MDR für alle, dass wir tatsächlich auch andere Gruppen in der Gesellschaft ansprechen, die sich dann auch für diese Inhalte interessieren, reicht es nicht aus, das eins zu eins dort einzustellen. Wir müssen auch über neue Inhalte nachdenken, über Darstellungsformen, über Erzählweisen, über Dinge, die die Menschen mittlerweile auch über ganz andere Anbieter in dieser nonlinearen Welt kennengelernt haben, etwa Netflix, oder die andere Erzählweisen bringen, wo man sozusagen andere Darstellungsformen hat.

Die große Herausforderung ist, dass wir tatsächlich dort, wo die Menschen sich eben selbst entscheiden, wann sie etwas nutzen wollen und wo sie unterwegs sind und nicht mehr linear Fernsehen schauen oder Radio hören, auch über die Inhaltegestaltung sehr ernsthaft nachdenken müssen. Das ist ein wirklich großer Lernprozess im Haus; denn man muss sozusagen immer wieder neu erfahren: Funktioniert es oder funktioniert es nicht? Deswegen ist das gerade ein - ich will es einmal so bezeichnen - experimenteller Kreativprozess.

**Vorsitzender Daniel Sturm**: Weitere Nachfragen gibt es offenbar nicht. - Doch, die Vertreterin der Staatskanzlei hat noch eine Frage.

Die **Vertreterin der Staatskanzlei (StK)**: Ich habe keine Nachfrage, eher einen Ausblick. Wir haben heute, eigentlich als indirektes Thema, immer wieder den Dritten Medienänderungsstaatsvertrag adressiert. Ich gehe davon aus, dass der am Mittwoch dem Landtag zugeleitet wurde. Er kann noch einmal gesondert vorgestellt werden, weil ja die Vorabinformation des Landtages stattfindet, bevor es dann weitergehen kann. - Das zum einen.

Zum anderen ging es heute auch um das Thema Kontrollmechanismen und um vielfältige Fragen an die Intendanten. Das wird natürlich auch bei den nächsten Sitzungen der Gremien, der Rundfunkkommissionen ein Thema sein.

**Vorsitzender Daniel Sturm**: Ich frage nun in die Runde, wie wir mit den Vorlagen umgehen. Können wir sie zur Kenntnis nehmen und das Thema für erledigt erklären? - Ich sehe keinen Widerspruch dagegen, also verfahren wir so.

Ich möchte mich im Namen des Ausschusses bei den Intendanten und ihren Begleitern recht herzlich dafür bedanken, dass sie heute an der Ausschusssitzung teilgenommen haben. Ich wünsche Ihnen einen guten Heimweg und alles Gute.

(Unterbrechung von 12:44 Uhr bis 12:49 Uhr)

Vorabauszug